Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Freitag, den 11. November 1921 | 1. Jahrgang. Nr. 265

Die Industriebarone „erläutern" ihr Kreditangebot

Verschacherung der Reichseisenbahnen und „Entlastung" des Reiches von Arbeitskräften verlangt

Berlin, 10. November. Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte, wie bekannt, am Ende der vergangenen Woche in Sitzungen des Präsidiums und der Generalversammlung erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditaktion dem Reiche Goldvaluten zugeführt werden könnten; das Ergebnis dieser Aussprachen wurde in einer der Oeffentlichkeit bereits bekannten Resolution niedergelegt.

Zu einer Erläuterung dieser Resolution hatte der Reichskanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten. Der Sprecher des Reichsverbandes, Dr. Sorge, führte nach Ueberreichung der Resolution etwa folgendes aus:

„Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der **sparsamen Finanzwirtschaft** und der **Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten** Fesseln kommen zunächst **Akte der Gesetzgebung** in Frage, die es ermöglichen,

mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den **Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich-juristische Person** in die Wege leitet.

Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz **praktischer Inhalt** gegeben werden muß.

Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt an die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person verzinsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird.

Die

Entlastung des Reichs von Arbeitskräften,

die weder ihrer Zweckbestimmung nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweitigen Lösung zuzuführen.

Auf diesen Grundlagen wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Aenderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches, sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten Neuorganisationen der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen.

Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarender Weise entsprechende Entlastung gewähren."

Der Reichskanzler nahm diese Mitteilungen entgegen und erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

Protest der Eisenbahner, des ADGB. und der Afa

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter haben dem Verkehrsminister eine Entschließung überreicht, in der es heißt, daß sie mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sich einer Entstaatlichung der Eisenbahn widersetzen werden.

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vorstände des ADGB. und der Afa haben eine Entschließung gefaßt, in der sie die Ablehnung der von den Unternehmern in Verbindung mit der Kreditaktion gestellten Forderungen von der Regierung verlangen.

Der Druck der Reparationskommission

Frankreich verlangt bedingungslose Zahlung

TU. Paris, 10. November. Wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, soll der Beschluß der Reparationskommission, sich nach Berlin zu begeben, über den Kopf Frankreichs hinweg gefaßt worden sein. Gegenüber einem Mehrheitsbeschluß der Kommission sei den französischen Delegierten nichts anderes übrig geblieben, als sich der Reise anzuschließen, um die französischen Interessen nicht unverteidigt zu lassen. Frankreich werde sich unter allen Umständen einem deutschen Verlangen nach Aufhebung der im Artikel 248 geforderten teilweisen **Haftung des Besitzes und der Einkünfte des Reiches** ebenso widersetzen, wie einer von Deutschland etwa beantragten **neuen Zahlungsfrist** auf Grund des Artikels 234. In diesen beiden Fragen dürften von der Reparationskommission Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden und das Veto Frankreichs werde genügen, derartiges zu verhindern.

Die Teuerungslawine

Erhöhung der Gütertarife um 50 Prozent!

Berlin, 10. November. Erhöhung der Gütertarife um 50 Prozent zum 1. Dezember. Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 6,6 Milliarden berechnet. Inzwischen hatten sich die Ausgaben infolge der Gehaltserhöhungen im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen müssen.

Generalstreik in Rom

Rom, 10. November. Gestern früh kam es bei der Ankunft der Züge, welche die Teilnehmer zu der anläßlich des Faszistenkongresses stattfindenden Demonstration der Faszisten in die Stadt brachten, zu ernsten Zusammenstößen zwischen Eisenbahnern und Faszisten. Indem sie sich durch den Pfiff einer Lokomotive beleidigt erklärten, griffen Faszisten den Lokomotivführer und seine Begleiter an, wobei der erstere schwerverwundet wurde und kurz darauf im Spital starb. Die proletarische Verteidigungskommission trat sofort mit den Vertretern der Arbeitskammer, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei sowie der Geschäftsleitung in Verbindung, die gemeinsam den Generalstreik beschlossen, der schon um Mitternacht begann. Die Straßenbahner und die Angestellten der Vorortbahnen waren schon vorher wegen faszistischer Provokationen in den Streik getreten. Die Typographen beschlossen, nur noch die schon im Druck befindlichen Zeitungen fertigzustellen, von heute an aber keine Zeitung erscheinen zu lassen. Die Züge nach und aus Rom verkehren nicht mehr. Der Telegraphenverkehr nach Oberitalien ist unterbrochen. Die Faszisten sind somit gewissermaßne blockiert. Ob der Faszistenkongreß unter diesen Umständen fortgesetzt wird, ist fraglich. Der Generalstreik soll so lange dauern, bis der Kongreß aufgehoben ist.

Die Eröffnung der Washingtoner Konferenz

Washington, 10. November. Präsident Harding wird morgen die Führer der fremden Delegationen empfangen, wobei das Konferenzprogramm mitgeteilt werden soll.

Für Aufrüstung!

Haag, 10. November. Nach der amerikanischen Presse sind Harding und seine Berater bereit, den Bedürfnissen der einzelnen Mächte entgegen zu kommen. Harding sei „nicht bestimmt gegen die Unterhaltung einer großen Flotte durch England". Auch glaube Harding, die Konferenz in Washington müsse Mittel finden, die die Sicherung Frankreichs in Zukunft verbürgen.

Wachsende Spannung zwischen Paris und London. London, 10. November. Die englischen Blätter betonen allgemein, Briand müsse unbedingt die Ratifikation des französisch-türkischen Sonderabkommens verweigern, wenn seine ausschließliche Verpflichtung gegen die britische Regierung aufrecht erhalten bleiben solle.

30 Millionen Kronen für Habsburgpropaganda

Wien, 6. November. Wie das bürgerlich-demokratische Organ „Jövö" berichtet, hat der „Besieger" des Karlputsches, der Häuptling der terroristischen Offiziersorganisation „Move" Julius Gömbös 30 Millionen Kronen erhalten zu Zwecken der Propaganda für den Erzherzog Albrecht, den Sohn des Erzherzogs Friedrich. Da das Entthronungsgesetz nur Karl dethronisiert, die Rechte des Hauses Habsburg aber ungeschoren läßt, setzen die ungarischen Legitimisten alle ihre Hoffnungen auf die Wahl Albrechts zum König von Ungarn.

Der Bergarbeiterkonflikt in Amerika mit Erfolg beendet

Chicago, 4. November. Der Konflikt, der zu einem Generalstreik der Bergarbeiter zu führen drohte, ist vorläufig beendet. Die Ursache des Konfliktes ist die Einführung des sogenannten „Check off"-Systems. Die Unternehmer beschlossen nämlich, die gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträge von den Löhnen abzuziehen und dieselben an die Gewerkschaften zu übergeben. Dadurch sollten die Unternehmer die Gewerkschaften vollständig kontrollieren und unter ihrem Einfluß halten können. Mehr als 35 000 Bergarbeiter sind schon in den Proteststreik getreten, bis endlich das Gericht das Recht der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft, gegen die Einführung des „Check off"-Systems zu appellieren, anerkannt hat.

Sowjetrepublik Montenegro. Rom, 10. November. Aus Podgariza liegen Meldungen vor, wonach dort die Führer der montenegrinischen Aufständischen die Sowjetrepublik Montenegro ausgerufen haben. Serbische Truppen sind im Anmarsch.

Die Hungerlöhne der Beamten

In der Donnerstagssitzung des Reichstages stand das neue Beamtenbesoldungsgesetz zur Beratung. Es verewigt die alten schreienden Mißstände zuungunsten der unteren und mittleren Beamten. Es schänzt den höheren Beamten Riesenzulagen zu, während die unteren mit jämmerlichen Trinkgeldern abgespeist werden, die infolge der weitergehenden Teuerung nur die Wirkung eines Tropfens auf einen heißen Stein haben. Die Schuld liegt aber nicht nur bei der Reichsregierung. Ebenso große Schuld tragen auch die Gewerkschaftsführer, die wieder einmal ihr Gummirückgrat bewiesen haben. Alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten verschanzten sich mit vielen bedauernden Redefloskeln hinter der Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der Spitzenorganisation. Mit heuchlerischem Augenaufschlag erklärten sie allesamt ihr unbegrenztes Wohlwollen für die Beamten und bedauerten ihre Zwangslage, für die Vorlage stimmen zu müssen, um wenigstens zurzeit die allergrößte Not der Beamten zu lindern. Alle wetteiferten in dem schon xmal gebrochenen Versprechen, demnächst eine wirklich ausgleichende Besoldungsreform durchzuführen. Und so war denn der Wortlaut der Erklärungen, die der forsche Königsberger Polizeipräsident Lübbring für die Rechtssozialisten, der Zentrumsmann Hoefle, der Deutschnationale Vogel, der Stinnesjünger Morath, der Novemberdemokrat Delius und der bayrische Volksparteiler Dauer abgaben, durchweg auf den gleichen Tartüff- und Jeremiadenton gestimmt. Die Beamten werden hoffentlich durch die alten und neuen Erfahrungen gewitzigt worden sein, um sich nicht durch diesen neuen ranzigen Speck wieder in die Mausefalle der Stimmzetteldemagogie hineinlocken zu lassen. Die unabhängige Beamtenmutter Zietz, war die erste, die energischen Einspruch gegen die Art der Erledigung der Besoldungsreform erhob. Sie erklärte, die Erhöhung der Besoldung für die unteren und mittleren Gehaltsstufen sei unzulänglich, wogegen die hohen Beamten viel zu viel bekamen. Sie verlangte Rückverweisung der Vorlage an den Besoldungsausschuß unter gleichzeitiger vorschußweiser Auszahlung der vorgesehenen Gehaltserhöhungen bis einschließlich Besoldungsgruppe IX.

Rede des Genossen Plettner

Die Regierungsvorlage ist für die unteren und mittleren Beamtengruppen und für die Reichs- und Staatsarbeiter unannehmbar. Es war Pflicht der Gewerkschaftsvertreter, dem Druck der Regierung nicht nachzugeben.

Sie hätten die Beamten und Arbeiter zum offenen Kampfe aufrufen müssen.

Die Ungerechtigkeit der Vorlage besteht vor allem darin, daß den hohen Beamten wieder ungeheure Zulagen gewährt werden, während die kleinen wie immer überaus stiefmütterlich behandelt werden. Während die unterste Besoldungsgruppe nur eine Jahreszulage von 3312 Mk. erhält, beträgt

die der Besoldungsgruppe XIII das zehnfache, 31 173 Mk.!

Die Vorlage verschärft den Abstand zwischen den Gehaltsgruppen bis zur Zuspitzung.

Alle Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten,

haben, wie in allen vorhergehenden Fällen, wieder nur ein platonisches Bedauern für das Fortbestehen dieser ungerechten Zustände. Und sie werden dieses Spiel solange fortsetzen, bis

die Beamten endlich in rücksichtsloser Weise ihren Willen bekunden.

Die Behauptung, daß die Zulagen der obersten Beamten prozentual niedriger bemessen seien, als die der unteren, ist

eine lächerliche Spiegelfechterei,

weil man hierbei von den Friedensgehältern ausgeht. Das kaiserliche Regime hat seine höheren Beamten stets sehr hoch entlohnt, während es

die unteren mit wahren Hungergehältern abspeiste.

(Zuruf der Kommunisten: Wahre Hundelöhne waren es!) Tatsache ist jedenfalls, daß die unteren Beamten ohne Ortszuschlag ein Höchstgehalt von 12 000 Mark haben, während dies bei den

Beamten der Gruppen XI, XII und XIII 40 bis 80 000 Mk.

beträgt. Es ist einleuchtend, daß

der untere Beamte bei diesem Einkommen verelenden muß.

Deshalb darf die Besoldungsvorlage unter keinen Umständen Gesetz werden. Bezeichnend ist, daß die Reichsregierung es nicht für notwendig gehalten hat, ihre Vorlage dem Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten zu überweisen.

Gewerkschaftsführer und Regierung haben die Regelung allein unter sich getroffen.

Schon dieser Grund rechtfertigt die Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuß.

Die Heuchelei der Parteien

erhellt auch daraus, daß keine von ihnen sich über die Verletzung der Rechte des Reichstages beschwert. Unser Antrag begegnet auch dem Vorwurf, daß durch die Zurückverweisung die Not der Beamten verlängert werde. Denn es sollen nach ihm allen Beamten der Besoldungsgruppen I bis VII sowie allen Reichs- und Staatsarbeitern mit Einkommen unter 30 000 Mk. eine sofortige

einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 3000 Mk. und 500 Mk. für jedes Kind, auszahlbar bis zum 15. November,

gewährt werden. Außerdem ist in unserem Antrag vorgesehen, daß der 23. Ausschuß

innerhalb einer Woche

eine den Wünschen der unteren und mittleren Beamten entsprechende Vorlage dem Reichstage unterbreiten soll. Die höheren Beamten jammern, daß ihre Gehälter es ihnen nicht gestatten, ihren Kindern eine angemessene Ausbildung und Ausstattung zu gewähren.

Haben nicht die unteren und mittleren Beamten dieselbe Pflicht gegenüber ihren Kindern?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0001
DFG

[Die] Hungergehälter reichen aber nicht einmal zur Fristung ihrer notwendigen Lebensbedürinisse. Darum fordern wir, daß der Reichstag sofort eine grundsätzliche Regelung der Besoldungsfrage vornimmt. Die kleinen Beamten werden aber ihre Forderungen nicht durchsetzen,

ohne einen starken außerparlamentarischen Druck auf Regierung und Reichstag.

Ebenso ist dieser Druck notwendig

auf die Leitungen ihrer eigenen Organisationen.

Wenn die Beamten nicht im Elend verkommen wollen, so müssen sie sich in die Kampffront der gesamten deutschen Hand- und Kopfarbeiterschaft einreihen. Sie müssen, wenn kein anderes Mittel mehr verfangen will, nicht davor zurückschrecken,

dem Reiche und dem Staate ihre Arbeitskraft verweigern.

Die steigende Not, das wachsende Elend wird die Beamten auf diese Bahn drängen. Zudem ist die jetzige Besoldungsvorlage durch die rasende Verteuerung längst schon wieder überholt. Das verstärkt die Pflicht des Reichstages, sofort für gründliche Abhilfe des Beamtenelends zu sorgen. Wenn der Reichstag die kommunistischen [Anf]orderungen ablehnt, wenn er durch Scheinkonzessionen [die] Beamten weiter zu vertrösten sucht, so ist es Pflicht der Massen, [der] Beamten und Arbeiter,

selbst auf den Plan zu treten und zu handeln.

Wir Kommunisten werden sie in jedem Kampfe mit allen Mitteln unterstützen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Absicht der Regierung und der Reichstagsmehrheit, die ungenügende Besoldungsvorlage gleich durch alle drei Lesungen durchzupeitschen, wurde durch den Einspruch der Linksparteien vereitelt. Heute, Freitag, soll dennoch das Unrecht an den Beamten vollzogen werden.

Aus dem Orgeschministerium

Der demokratische Polizeiminister mit der Orgesch Arm in Arm

Zentralstelle für Einwohnerwehren beim preußischen Minister des Innern, Berlin SW 68, Schützenstr. 3.

Berlin, Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr, sehr geehrte gnädige Frau!

Mit großer Freude hat die Zentralstelle von der Zeichnung Ihres Betrages zur Förderung der Einwohnerwehren Kenntnis genommen und gestattet sich, hierdurch ihren verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Mehr und mehr gewinnt der Einwohnerwehrgedanke unter der Berliner Bevölkerung und im Reiche Boden. Die Einwohnerwehren haben schon durch manche Leistung bei der Unterdrückung von Unruhen in großen Städten, wie auch im kleinen beim Schutz gegen Einbrecher und Diebe ihre Existenznotwendigkeit bewiesen.

Die eingegangenen Spenden unterstützen die Zentralstelle bei ihrem Bestreben, durch Weiterausbau der Wehren, Ruhe und Ordnung, die Voraussetzung für den Wiederaufbau des Reiches, zu sichern.

Möge der gute Zweck, dem die Gaben gewidmet sind, sich erfüllen!

Die Zentralstelle für Einwohnerwehren.

Revolution von zarter Hand

Die Ortsgruppe Zeesen der USPD. rief die Arbeiterschaft zu folgender Revolutionsfeier am 9. November auf:

> **Winter-Vergnügen!**
>
> wozu alle Arbeitervereine der Umgegend herzlichst eingeladen sind.
>
> **Belustigungen aller Art! Große Ueberraschungen!**
>
> Unter anderem:
>
> **Auswürfeln von einer Riesentorte und einem Sack Zucker!**
>
> Erstklassige Musik.
>
> **Bedienung von zarter Hand!**
>
> Anfang 6 Uhr. Ende: Beim ersten Schneefall.

Statt eines Kampftages Jahrmarktsrummel! Soll das die würdige Feier des 9. November sein?

Ein Arbeitsfeld für Radbruch

Der „Lokalanzeiger“ enthüllt einen furchtbaren Skandal: Der Reichsjustizminister, Sozialdemokrat Dr. Radbruch, unterhält Beziehungen zu — einem Verbrecher! Es ist der Dichter Ernst Toller, der in der Festung Niederschönenfeld von der bayrischen Regierung nach allen Regeln schikaniert wird, und nicht einmal zur Uraufführung seines Dramas „Masse Mensch“ Urlaub erhielt. Toller wurde bekanntlich wegen rein politischer Vergehen unter ausdrücklicher Anerkennung der ehrenhaften Gesinnung zu Festungshaft verurteilt. Wir wollen abwarten, ob der Sozialdemokrat Radbruch soviel Energie entwickeln wird, um seine „Beziehungen“ zu Toller umzuwandeln in eine Befreiung Tollers von allen Schikanen der Gefängnisverwaltung und darüber hinaus zu einer Amnestie aller politischen proletarischen Gefangenen.

Schupo oder Sturmtrupp

Wir haben des öfteren Briefe von Schupobeamten veröffentlicht, die keinen anderen Weg wußten, ihre Beschwerde zur Kenntnis der Oeffentlichkeit zu bringen. Das hat die reaktionären Kreise innerhalb der Schupo endlich beunruhigt.

Der Major Preußer von der Schupo, Berlin, Abteilung Tiergarten, hat wegen unserer Veröffentlichungen über das militaristische Treiben in seiner Abteilung Strafantrag gegen die „Rote Fahne“ gestellt. Vorher wollte er jedoch feststellen, welcher Beamte sich an uns gewandt hatte. Zu diesem Zweck schickte er einen seiner Spitzel, einen früheren 176er und Unteroffizierschüler, namens Rejack, mit einem Rundschreiben in der Abteilung herum, worin stand, daß die 5. Hundertschaft mit dem Artikelschreiber nichts gemein haben wolle. Selbstverständlich mußte die ganze Hundertschaft unterschreiben. Wehe dem, der nicht unterschrieben hätte, er wäre unfehlbar plötzlich als „ungeeignet für die Schupo“ entlassen worden.

Diese Methoden sind aus der alten Armee Wilhelms II. bekannt. Interessant ist, daß sie auch jetzt schon bis in die Einzelheiten in der „republikanischen“ Schupo geübt werden.

Falls dem Strafantrag des Majors Preußer stattgegeben wird, werden wir natürlich trotzdem unseren Gewährsmann nicht preisgeben. Wir fordern aber die gesamten Schupobeamten auf, uns des weiteren mitzuteilen, wo und wie sie von ihren reaktionären Vorgesetzten mißbraucht und mißhandelt werden.

Schupobeamte! Laßt Euch durch das Vorgehen Eurer reaktionären Offiziere nicht hindern, mit uns in Verbindung zu treten. Wir werden weiter für Euch eintreten, Eure Beschwerden in die Oeffentlichkeit bringen, ohne Eure Namen preiszugeben, wenn Ihr es nicht wollt.

Streik der Versicherungsangestellten in Wilmersdorf

Berlin, 11. November. In der Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf sind gestern sämtliche Angestellte in den Streik getreten. Sie verlangen für sich die Einführung der Besoldungsordnung, die der Reichsbesoldungsordnung entspricht.

Stinnes-Premiere in Preußen.

Das neue preußische Kabinett von Stinnes Gnaden hat sich nun vorgestellt. Es war eine gut vorbereitete Schaustellung. Auf den Tribünen viel Volk. Auf der Ministerbank in lustigem Durcheinander die Regierungsmänner mit frisch gebügelten Röcken und tadellos weißer Wäsche. Jeder Kundige empfand auf den ersten Blick die grausame Ironie der Zeitgeschichte, die sich in der engen Nachbarschaft Severings und des Volksparteilers v. Richter äußerte, den der ehemalige Innenminister des vormaligen Kabinetts Braun wegen seiner Unzuverlässigkeit als Oberpräsident von Hannover nach dem Kapp-Putsch abgesetzt hatte. Es war zum Lachen. Und zugleich zum Nachdenken.

Herr Braun fungierte als Sprecher. Er deklamierte pflichtgemäß die Phrasen, die ihm die bürgerliche Mehrheit seines Kabinetts diktiert hatte.

Was nicht in dem vereinbarten Programm der politischen Kulissenschieber gestanden haben dürfte, das waren die lebhaften Zwischenrufe der Kommunisten und Unabhängigen, von denen die Braunsche Deklamation begleitet war. Sie ließen in ihrer Deutlichkeit den Chef der preußischen Geschäftsfiliale von Sinnes u. Co. nicht darüber in Zweifel, daß er mit samt seinem Kabinett von der Linken den schärfsten Kampf zu erwarten hat.

In der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten, deren wesentlichen Inhalt wir weiter unten wiedergeben, nahm zunächst von der sozialdmokratischen Fraktion Hauschild das Wort. Vom Zentrum Gröber, von der Stinnespartei von Krause. Durch ihre Reden klangen Hoffnung und Erwartung. Es ist klar, daß sie erfüllt werden dürften, soweit sie von den Vertretern der kapitalistischen Partein geäußert worden sind. Diejenigen, die von diesem Kabinett, bei dessen Zeugung der Großkapitalist Stinnes mitgewirkt hat, eine Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes erwarten, werden eine bittere Enttäuschung erleben. Man kann nicht Feigen ernten von den Disteln. Und man kann von einem Kabinett, das in seiner Mehrheit bürgerlich ist, nicht eine Politik erwarten, die die Arbeiter befriedigt.

Genosse Dr. Meyer brachte die ablehnende Haltung und der Kampfstellung der kommunistischen Fraktion in einer Rede zum Ausdruck, die die Sitzung abschloß. Wir lassen auch sie in ihren wesentlichen Teilen folgen.

Die Fortsetzung der Debatte ist am Freitag. Der Versuch unserer Fraktion, dringliche Kleine Anfragen mit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bringen — auch diejenige, die die Auslieferung der Urteilsvollstrecker an dem Arbeiterschlächter Dato nach Spanien verhindern will — blieben erfolglos, weil die sozialdemokratische Fraktion im Bunde mit den bürgerlichen Parteien die Regierung nicht zwingen wollte, Farbe zu bekennen.

*

Die Programmrede Brauns

Meine Damen und Herren! Sie werden von mir erwarten, daß ich Ihnen ein ausführliches Regierungsprogramm entwickle. Ich habe nicht den Ehrgeiz, den drei seit der Staatsumwälzung hier vorgefallenen Regierungsprogrammen ein viertes zugesellen. Ich **werde mich darauf beschränken, kurz die allgemeinen Richtlinien für die Politik des neuen Kabinetts aufzuzeichnen.**

Das neue Kabinett geht in schwerer Zeit an seine Arbeit. **Die Faust des Siegers drückt mit unverminderter Wucht auf uns. Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedensvertrages**, der den unseligen Krieg formell beendete.

Von den Reichslanden abgesehen, trifft der ganze Verlust an Land und Volk allein Preußen. Der schwerste Schlag aber ist Preußen, besonders seiner Wirtschaft, versetzt worden durch die Entscheidung über **Oberschlesien.**

In der deutschen Wirtschaft treten die unheilvollen **Folgen dieses ungerechten**, mit dem Friedensvertrag nicht in Einklang stehenden **Machtspruches** bereits unverkennbar in Erscheinung. Das führt auch zu den ärgsten **Befürchtungen für unsere Staatsfinanzen**, in denen sich ja letzten Endes der Stand unserer Wirtschaft widerspiegelt. Noch ist keine Deckung für den Fehlbetrag des laufenden Etats gefunden. Trotz aller Sparsamkeit, die auch weiter auf allen Gebieten der Verwaltung geübt werden soll, bringt doch jeder Tag neue Anforderungen (**Zuruf: Für die Polizeispitzel**), die, soweit sie unabweisbar sind, befriedigt werden müssen.

Sollte es unter diesen Umständen gelingen, den Staatshaushalt zu balanzieren, dann muß **die steuerliche Kraft unseres Volkes noch weiter angespannt** und vor allem der Besitz nach Maßgabe der von der Reichsgesetzgebung den Ländern belassenen Besteuerungsmöglichkeiten in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden.

Für die Ausbeutungspläne des Großkapitals!

Diese Einnahmequellen können aber nur ergiebig sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Deshalb wird die Staatsregierung alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern und **die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes restlos einer unserer Volkswirtschaft befruchtende Auswertung (Zuruf: Ausbeutung der Arbeiter!) zuzuführen. Den schädlichen sozialen Begleiterscheinungen einer intensiven Wirtschaftspolitik** muß durch Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung entgegengewirkt werden.

Freie Betätigung für die reaktionären Beamten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird es sein, **die Verfassung zu sichern und zu festigen.** Die zur Verwirklichung dieses Zieles und zur **Demokratisierung der Verwaltung** bestimmten Gesetze werden dem hohen Hause vorgelegt werden.

Auch die **Beamtenschaft** muß sich der Pflicht bewußt sein, in ihrem Amte die Verfassung mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen. Auch außerhalb des Amtes muß sie unbeschadet der durch die Reichsverfassung gewährleisteten **Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung** bei ihrem Verhalten stets der besonderen Pflicht eingedenk sein, die ihr gegenüber dem Staat und der Regierung obliegt. Indeß muß bei der **Zulassung zu Staatsämtern** die persönliche Eignung, sowie die **fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung** in erster Linie maßgebend sein.

„Preußentum.“

Für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes wird die Staatsregierung sich jederzeit einsetzen, indeß kann sie Bestrebungen auf Absplitterung einzelner Gebietsteile aus dem preußischen Staatsteile nicht unterstützen. Denn nur durch ein **ungeteiltes und ungeschwächtes Preußen** kann die Reichseinheit gewahrt werden. Da Preußen und das Reich aufeinander angewiesen sind, ist ein eng gedeihliches Zusammenarbeiten der Regierung Preußens und des Reiches dringendes Gebot.

Der Charakter der großen Koalition.

Das treibende Motiv für die Schaffung der großen Koalition der vier Parteien, die das neue Kabinett stützten, war das Bestreben, **mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preußische Politik** zu bringen. **Jede Partei muß dabei Opfer bringen.** Daß es aber gleichwohl gelungen ist, die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien in Preußen zu erreichen, ist ein Beweis dafür, daß innerhalb dieser Parteien auf der Erkenntnis der furchtbaren und ernsten Situation unseres Volkes heraus der Wille gewachsen ist, eine **Einheitsfront (Zuruf: Gegen die Arbeiter!)** aller derer zu bilden, die auch in dem Chaos dieser Zeit den festen Glauben an den Wiederaufstieg unseres Volkes nicht verloren haben.

Abg. Hauschild (Soz.): Die von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgetragene Regierungserklärung findet die Billigung meiner Fraktion. (Zuruf b. d. USP.: Auch der 41?) Vor die Alternative gestellt, entweder mit der Volkspartei an der Regierung teilzunehmen oder die bürgerlichen Parteien weiterhin allein regieren zu lassen, entschieden wir uns für das erstere, nachdem ein **Arbeitsprogramm vereinbart war, dessen Tendenz dem Geiste unserer Görlitzer Koalitionsbedingungen entsprach.** (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. v. Krause (DVP.) ist für die Koalition, weil sie den Parteikampf verhindert. Daß hierbei die einzelnen Parteien wichtige Forderungen zurückstellen müssen, ist selbstverständlich.

Die Stellung der Kommunisten

Genosse Ernst Meyer:

Die letzten Worte des Herrn Redners der Stinnes-Partei (Lachen b. d. DVP.), in denen er mitteilte, daß seine Partei einstimmig dem Regierungsprogramm, wie es von dem Herrn Ministerpräsidenten Braun hier vorgelegt worden ist, zustimmen wird, kennzeichnen den Charakter dieser Regierung. Wenn wir uns das Programm ansehen, das von dem Herrn Ministerpräsidenten Braun vorgetragen worden ist, so können allerdings auch wir sagen: das ist ein Programm, das die Zustimmung aller kapitalistischen Parteien finden kann. Es beginnt mit Sätzen, mit denen alle kapitalistisch-bürgerlichen Regierungen ihre Programmreden zu beginnen pflegen, nämlich mit nationalistischen Sätzen und mit Unwahrheiten. Wenn hier davon gesprochen wird, daß der Aufbau in Oberschlesien, daß die wirtschaftliche Blüte Oberschlesiens nur der deutschen Intelligenz und der deutschen Arbeit zu verdanken ist, so ist das eine Unwahrheit, denn oberschlesisch-polnische Arbeiter (Sehr richtig! b. d. Kommunisten. — Stürmische Zurufe b. d. Koalitionsparteien u. d. Dnat. VP.), Arbeiter polnischer Nationalität und polnischer Zunge, haben jahrzehnte- und jahrhundertelang dazu beigetragen, daß die oberschlesische Industrie aufgebaut worden ist. Und wenn hier in nationalistischem Sinne davon gesprochen wird, daß der Raub Oberschlesiens eine wirtschaftliche Lahmlegung Deutschlands bedeute, so wird diese Unwahrheit dadurch gekennzeichnet, daß in den Tagen der Trennung Oberschlesiens von Deutschland die Kurse der oberschlesischen Papiere um Hunderte in die Höhe gingen.

Die Forderungen der Arbeiter.

Wenn unsere Fraktion die **Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers, Einsetzung von Erfassungs- und Verteilungsstellen aus Vertretern der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen** gefordert hat, so ist das eine Forderung, die auch von den beiden anderen Arbeiterparteien erhoben wird. (Sehr richtig! bei den Komm.) Wenn wir **Beseitigung des Wohnungselends und Beschlagnahme der großen Wohnungen verlangen**, so ist auch das eine Forderung, auf die sich die Arbeiter aller Parteien ohne Unterschied vereinigen. Wenn wir **ausreichende Erwerbslosenunterstützung, starke Staffelung aller preußischen Steuern, schärfste Einwirkung auf das Reich zur Erfassung der Goldwerte** verlangen, wenn wir weiter die **Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen, die Reinigung der Verwaltung**, Justiz und Schutzpolizei und die **sofortige Freilassung aller verurteilten** und eingekerkerten **revolutionären Arbeiter verlangen**, so sind das alles Forderungen, denen die gesamte politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zustimmt. (Zustimmung b. d. Komm.) Aber die Parteien der Rechtssozialisten und auch der Unabhängigen haben den Kampf um diese Forderungen nicht gewollt; deshalb haben sie sich im Reiche und jetzt in Preußen mit der Stinnes-Partei zusammengetan oder unterstützen, wie die Unabhängige Partei, ein bürgerliches Kabinett Wirth im Reiche.

Alle Versuche, die Arbeiterschaft vom Kampfe abzuhalten, werden nichts helfen. In Ihren eigenen Reihen, meine Herren von der rechtssozialistischen Partei, können Sie nur noch dadurch die Opposition zum Stillschweigen bringen, daß Sie den Arbeitern erklären: Das ist der letzte Versuch, wenn wir mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen; sollte dieser Versuch scheitern, so sind wir zum Bürgerkrieg gezwungen, so wird die gesamte Arbeiterschaft sich zusamenschließen müssen. Wenn Sie sich nicht völlig ins Schlepptau des Herrn Stinnes und der bürgerlichen Parteien begeben, dann muß dieser Versuch scheitern; wenn Sie einst mit uns gespottet haben über den blauschwarzen Block und die Paarung von Kaninchen und Karpfen, — diese Paarung zwischen bürgerlichen Parteien war noch verständlich. Aber wie soll es für die Arbeiterschaft verständlich sein, wenn die Ehe zwischen den Freunden und Anhängern von Stinnes und der Arbeiterpartei geschlossen wird?

Die rechtssozialistische Partei wird an diesem Bündnis mit der Deutschen Volkspartei zerbrechen. Entweder wird sie ganz der Deutschen Volkspartei und den bürgerlichen Parteien folgen, und dann werden die Massen der Arbeiterschaft sich von ihr lösen, oder die rechtssozialistische Partei wird zusammen mit den anderen Arbeiterparteien die Einheitsfront gegen das Unternehmertum bilden müssen, und dann wird die Ehe zwischen der Deutschen Volkspartei und den Rechtssoliisten gelöst werden.

Das Experiment der SPD. wird die letzten Arbeiter darüber aufklären, daß es in dem Rahmen der bürgerlichen Demokratie auf dem Boden des Parlamentarismus nicht möglich ist, die Interessen der Arbeiterschaft vollkommen sicherzustellen. Wir hoffen, daß die 41 innerhalb der rechtssozialistischen Fraktion sich dem Diktat der 46 nicht willig fügen, sondern mit uns, mit den Kommunisten, mit den Unabhängigen, Kritik üben an den Taten der neuen Regierung und dazu beitragen, die geschlossene Front der Arbeiterschaft herzustellen gegen jede bürgerliche Regierung. (Beifall bei den Kommunisten.)

*

Die Aussprache wird **vertagt.** Verschiedene Vorlagen und Entwürfe werden an die Ausschüsse verwiesen. Genosse Meyer fordert verschiedene seit Monaten vorliegende Anfragen zu beantworten. Er stellt fest, daß der Präsident Leinert die Anfrage wegen der **Auslieferung der angeblichen Mörder Datos an Spanien** noch nicht hat drucken lassen, da er an dem Ausdruck „spanische barbarische Justiz“ Anstoß nimmt, und protestiert gegen die ungesetzliche **Zensur**, die der Präsident ausübt. — Gegen die Kommunisten und Unabhängigen wird dann beschlossen, die Beantwortung der Anfragen nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Nächste Sitzung: **Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der Besprechungen der Regierungserklärung.**

> ## Zur Stinneskoalition in Preußen
>
> **schreibt die rechtssozialistische Chemnitzer „Volksstimme“:**
>
> **„Aufs schärfste ist der Eintritt unserer Genossen in die preußische Regierung zu mißbilligen und zu bedauern. Das Experiment, das nun einmal angefangen ist, muß trotz allem, was dagegen spricht, zu Ende geführt werden. Es wird ein baldiges Ende mit Schrecken nehmen. Dann aber müssen die Parteigenossen im ganzen Reiche unweigerlich fordern, daß nun ein Ende gemacht wird mit dieser Taktik und daß die Blickrichtung einer Reihe von Genossen vom Starren nach rechts endlich nach links gedreht wird. Wird sich, wie die Deutsche Volkspartei triumphiert, der Erfolg nicht auf Preußen beschränken, sondern auch auf das Reich auswirken, so haben unsere preußischen Genossen die Pflicht, aus der Katastrophe wenigstens zu lernen und es muß das getan werden, was ohne dieses kopflose Nachlaufen hinter der Stinnespartei wohl hätte vermieden werden können. Auch im Reich muß unsere Partei sich zum Austritt aus einer nach rechts erweiterten Regierung entschließen, um sie durch schärfste Opposition zu Fall zu bringen und den Weg für sozialistische Politik freizumachen.“**

Erhöhung des Zeitungspreises

Berlin, 9. November. Von Donnerstag an werden die Verkaufspreise der Berliner Zeitungen auf 50 Pfennig erhöht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0002

Die proletarischen Auslanddeutschen

Die Genossen Koenen, Maltzahn, Eichhorn und Plettner haben folgende Anfrage an den Reichstag gestellt:

Bei der Auszahlung der Vorentschädigungen an verdrängte Auslandsdeutsche ist ungerecht verfahren worden. Während verdrängte Unternehmer, Geschäftsleute usw. Vorentschädigungen z. T. bereits Gebieten verdrängt wurden, die Vorentschädigung nur in geringem Maße gewährt worden. Als typischer Einzelfall ist der des Maschinisten **Karl Staub in Waltrop** (Kreis Recklinghausen), Delbrückstraße 15d, anzuführen, der lange Jahre in Lothringen ansässig war, im Jahre 1919 aus Lothringen ausgewiesen wurde und unter Zurücklassung des größten Teils seiner geringen Habe nach Deutschland flüchten mußte. Trotz vieler Versuche hat Staub bis heute nicht den geringsten Vorschuß auf seinen berechtigten Entschädigungsanspruch erhalten. Staub ist hierdurch völlig verschuldet und in eine große Notlage geraten.

Seit einiger Zeit verweigert das Reichsfinanzministerium die Auszahlung der Vorentschädigungen überhaupt. Hierdurch sind die verdrängten Arbeiter, die bisher keine oder nur geringe Vorentschädigungen erhalten haben, besonders stark benachteiligt und der Not ausgesetzt.

Wir fragen an:

„Trifft es zu, daß die Vorentschädigungen zurzeit überhaupt nicht zur Auszahlung gelangen und aus welchem Grunde?

Wenn ja, ist die Reichsregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß den Verdrängten aus den abgetretenen Gebieten — soweit deshalb Vorschüsse auf ihre Entschädigungsansprüche bisher noch nicht oder in geringem Maße gewährt wurden — sofort entsprechende Beträge zugewiesen werden, wie sie anderen Anspruchsberechtigten bereits vor dem Zeitpunkt der Zahlungsweigerung durch das Finanzministerium geleistet worden sind?

Ist die Reichsregierung bereit, die Entschädigungsansprüche **aller** Anspruchsberechtigten gleichmäßig zu behandeln und eine Bevorzugung besser situierter Personen nichts mehr stattfinden zu lassen?"

Politische Nachrichten

Und so etwas wird in Deutschland Minister!

Herr Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts", erklärt in der Provinzpresse folgendes über den neuen preußischen Kultusminister Dr. Boelitz: „Dieser Boelitz als Kultusminister ist eine Katastrophe oder vielleicht besser gesagt ein Ulk. Dieser Boelitz ist einer von jener Sorte der Gymnasialdirektoren, die der Simplizissimus einst in besseren Zeiten so prachtvoll besungen hat. Ein typischer Stammsteher und Hurraschreier der verflossenen wilhelminischen Aera."

Warum so entrüstet, Herr Stampfer? Dieser Simplizissimus-Boelitz ist doch der Großblock-Bruder Ihrer eigenen Partei! Dieser Boelitz ist ja nur der Stinnes ins Kulturelle übersetzt! Arm in Arm mit Boelitz schreitet Severing durch die preußische Geschichte!

Sowjet-Rußland

Eine englische sozialistische Stimme zum 7. November

„Daily Herald", das englische sozialistische Organ, führt in einem Leitartikel zum 7. November ungefähr folgendes aus:

Heute ist der 4. Jahrestag der russischen Revolution. Seit dem 7. November 1917 steht Lenin an der Spitze der ersten sozialistischen Verwaltung der Welt. Seit jenen zehn welterschütternden Novembertagen haben sich große Veränderungen vollzogen. Es gab Siege und es gab Niederlagen, es gab Rückzüge und Kompromisse, und heute meinen die Kritiker und Gegner Sowjet-Rußlands, erfreut durch die Nachricht von frischen Konzessionen an das alte Wirtschaftssystem, daß das Ende da ist, daß das Experiment fehlgeschlagen ist und daß die sozialistische Republik den Sozialismus aufgegeben hat. Aber sie täuschen sich selbst. Es ist ein großer Rückzug, aber es ist keine Kapitulation. Lenin und seine Genossen sind keine Romantiker, sondern kühl denkende Realisten, welche die Tatsachen verstehen. Sie haben gemacht und machen immer noch Revolution, aber nicht auf dem Papier, sondern in der Welt der Wirklichkeit, in der papierene Formeln hilflos versagen müssen. So haben sie Rückzüge gemacht, so haben sie Konzessionen gemacht, sie haben sich nicht darüber den Kopf zerbrochen, ob diese Konzessionen den akademischen Regeln für die Durchführung einer Revolution entsprechen. Die Konzessionen waren notwendig, das genügte. Dank diesem festen Realismus ist die Arbeiterrepublik heute vier Jahre alt. Wer von ihren Kritikern, wer von ihren Feinden glaubte noch vor vier Jahren, noch vor drei Jahren, noch vor einem Jahr, daß sie diesen vierten Geburtstag erleben würde? In jedem Monat dieser vier vergangenen Jahre ist der Zusammenbruch der Sowjetmacht für den nächsten Monat zuversichtlich prophezeit worden. Und doch lebt sie immer noch! Das ist eine Leistung, eine Arbeiterregierung vier Jahre lang aufrecht zu erhalten. Trotz all dem, was das Weltkapital gegen sie getan hat.

Der Artikel des „Daily Herald" klingt aus in der Forderung der Anerkennung der Sowjetregierung und der Hilfeleistung für die Hungernden in Rußland. Die Tatsache, daß das englische rechtssozialistische Organ in diesem Stil über Räterußland schreibt, beweist, wie die gesamte englische Arbeiterklasse über die Sowjetregierung denkt. Möge sich die deutsche SPD. und USP. daran ein Beispiel nehmen!

Der neue Kurs in der Wirtschaftspolitik und die Streikfrage

Moskau, 7. November. (Rosta Wien.) Zur Streikfrage schreibt „Trud", das Organ des allrussischen Gewerkschaftsrates: „Sowjet-Rußland hat jetzt das allergrößte Interesse an der Hebung der Produktion. Hieraus kann der Schluß gezogen werden, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, im Interesse der Arbeiterklasse selbst Streiks in den Privatunternehmungen zu verhindern. Dies will aber nicht heißen, daß es in den Privatunternehmungen überhaupt keine Streiks geben soll. Wenn auch alle Konflikte, zu welchem es zwischen Privatunternehmern und Arbeitern kommen kann, durch Verträge und Gesetze geregelt werden, so kann doch der Fall eintreten, daß ein Streik zweckmäßiger erscheint, als administrative Sanktionen. Weiteres ist in Betracht zu ziehen, daß sich die Ausbeutung der Arbeiterschaft in den Privatunternehmungen unzweifelhaft verstärken wird Andererseits ist auch das Anwachsen der Armee der Arbeitslosen unvermeidlich. Aus diesen Gründen ist die Schaffung eines Streikfonds bei den Gewerkschaften unumgänglich notwendig, um für die energische Durchführung eines Streiks die nötige materielle Basis zu schaffen."

Der neunte Allrussische Sowjetkongreß

Moskau, 5. November. (Rosta Wien.) Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees schreibt gleichzeitig mit der Einberufung des neunten Allrussischen Sowjetkongresses nach § 2 der Räteverfassung zu diesem für die wahlberechtigte Stadt- und Landbevölkerung Neuwahlen aus.

Ausland

Portugal vor einem neuen Staatsstreich? TU. **Madrid**, 10. November Nach den letzten Nachrichten aus Lissabon sind die Urheber der letzten Revolution mit der neuen Regierung uneinig. Man befürchtet daher einen neuen Staatsstreich.

Blutige Gemeinderatswahlen. TU. **London**, 10. November. Aus New York wird gemeldet, daß bei den Gemeinderatswahlen im Staate **Kentucky** Zusammenstöße stattfanden, bei denen vier Personen getötet und sieben verwundet worden sind.

Die englische Schandjustiz und die Revolutionierung Indiens. Aus London wird gemeldet: Die Zuchthausurteile des Gerichts von Karachi gegen die Brüder Ali, die 13 Todesurteile gegen die Aufständischen Moplahs und die fünf Todesurteile wegen des Aufruhrs von Maligaon haben in Indien eine außerordentliche Erregung erweckt. Das Komitee des allindischen Kongresses hat nun erst recht den passiven Widerstand, die Steuerverweigerung und den Boykott der englischen Waren, proklamiert. Shaukar Achaiya, der im Prozeß von Karachi freigesprochen wurde, erklärte im Anschluß daran in einer großen Versammlung, daß die indische Republik doch kommen werde. Der im Zuchthaus befindliche indische Revolutionär Kitchlew ist in den Hungerstreik getreten.

Der zweite Transport der ungarischen Kommunisten abgereist. **Budapest**, 6. November. (Rosta Wien.) Samstag ist der zweite Transport mit 60 Kommunisten abgereist. Unter ihnen befinden sich der gewesene Volkskommissar Franz Bajaky, ferner Nikolaus Kiß, Arpad Szabados, Ignaz Bogar, Georg Szamuelly, Armin Helfgott usw.

Anwachsen der Prostitution in Budapest. **Budapest**, 7. Nov. Wie das christlich-nationale Organ „Uj Nemzedek" berichtet, hat die Zahl der Prostituierten in Budapest so bedeutend zugenommen, daß auf dem Ringe mehrere Male infolge skandalöser Szenen die Polizei einschreiten mußte. Der Chef der Sittenpolizei erklärte einem Journalisten: „Die Zahl der Prostituierten nimmt ständig zu. Es vergeht kein Tag, daß nicht 4—5 Mädchen sich melden würden, die man von ihrer Absicht nicht abbringen kann."

Ein Unteroffizier der Schwarzen Meer-Flotte als Stadtratskandidat. **Paris**, 6. November. (Intel.) Der Bootsmann-Maschinist Badina, welcher der Schwarzen Meer-Flotte angehörte, wurde von der Kommunistischen Partei in einem der Pariser Bezirke als Kandidat für die bevorstehenden Stadtratswahlen aufgestellt. Die Wahlen finden am 13. November statt.

Gewerkschaftsbewegung

Erster Betriebsrätekongreß der Bergarbeiter

Am zweiten Verhandlungstag spricht als erster der Ingenieur Woldt über Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Er glaubt der gegenwärtigen Wirtschaftsanarchie eine Wirtschaftsdemokratie entgegensetzen zu können. Mit der Durchführung des Betriebsrätegesetzes könne die letzte Form schon geschaffen werden. Die Unternehmer nützen durch ihre juristischen Berater das Gesetz in ihrem Sinne aus und umgehen alle Bestimmungen, die ihrem Profitinteresse zuwider sind. Er wundert sich, daß bei den heruntergewirtschafteten Bergwerken nicht mehr Unfälle im Bergbau vorkommen und führt dies auf die Mitwirkung der Betriebsräte zurück. Es sei leider wahr, daß jede Lohnbewegung der Bergarbeiter durch eine prozentual größere Preiserhöhung der Produkte illusorisch gemacht werde, es sei darauf zurückzuführen, daß die Betriebsräte nicht in der Lage sind, die Kontrolle über die Produktion auszuüben. Die jetzige Kontrolle sei eine Komödie. Wir brauchen ein Gesetz, nach dem jeder kaufmännische Angestellte sich strafbar macht, der die gefälschte Buchführung im Produktionsprozeß mitmacht. Die Unternehmer sind darum in der Lage, das Betriebsrätegesetz zu ihren Gunsten auszunutzen, weil sie den Bergarbeitern in jeder Beziehung überlegen sind. Das „Schwarze Listensystem" hat sich trotz des Betriebsrätegesetzes wieder außerordentlich breit gemacht. Die Sozialisierung sei notwendig; sie wird kommen, sie wird aber nur schrittweise vorgenommen werden können und die Betriebsräte müssen die Hauptarbeit dazu leisten; sie können in geschlossener Front mehr vollbringen, als die Sozialisierungskommission in monatelangen Sitzungen.

In der Diskussion will Steiger Werner als Mitglied der Sozialisierungskommission diese in Schutz nehmen und behauptet, daß die Arbeit dieser Kommission immer wieder von gewissen kapitalistischen Cliquen zerstört worden ist. Zwischen Stinnes als Kapitalvertreter und uns als Arbeitervertreter gibt es keine Ueberbrückung der Gegensätze.

Darauf erhält **Wißmann** das Wort zu einem Vortrag über das Knappschaftswesen. Seine ganzen Ausführungen waren eine Entschuldigung für einen Gesetzentwurf über das Reichsknappschaftswesen, der in nächster Zeit herauskommen soll. Nachdem er in ganz unmotivierter Weise gegen „radikale Schreier" polemisiert hat, erklärt er, daß der neue Entwurf eben ein Kompromiß sei. Es gehe nicht an, daß die Bergarbeiter beitragsfrei bleiben bei dem Knappschaftswesen. Wenn die Unternehmer allein Beiträge dafür leisten müßten, würden sie auch allein bestimmen wollen. Wenn wir aus dem Knappschaftswesen den Nutzen ziehen, dann können wir auch die Beiträge hierfür nicht ablehnen. (Die Bergarbeiter, die durch die Ausbeutung der Kapitalisten Invaliden werden, sollen vorher selbst die Beiträge für ihre spätere Unterstützung zahlen, damit nur dem Unternehmer nichts vom Profit abgeht. D. Red.) In vielen Revieren betrage das Krankengeld immer noch 75 Prozent des Grundlohnes. Dem Antrag, dieses Krankengeld zu erhöhen, setzten sich sozialpolitische „Größen" (**Behrens**, **Becker** und Arbeitsminister **Brauns**) entgegen, sie traten für den alten Satz ein.

In der Diskussion spricht **Lachmann** (Oberschlesien) scharf gegen diesen Knappschafts-Gesetzentwurf. Auf keinen Fall dürfen wir uns mit einem derartigen Entwurf einverstanden erklären. Bei der Pensionierung anderer Arbeiterschichten wird auch nicht gefragt, ob sie so und so viel Beiträge für die Pensionskasse geleistet haben. Die sogenannte Anwartschaftsdeckung muß auf die Kapitalisten abgewälzt werden.

Die übrigen Diskussionsredner äußerten sich in demselben Sinne und **Wißmann** fand in seinem Schlußwort keine bessere Verteidigung für den Entwurf als die Behauptung, daß das Knappschaftswesen noch turmhoch über den Pensionsparagraphen der Eisenbahner stehe. Leider fand er sogar Zustimmung unter den Delegierten, als er sagte, daß es ihm lieber wäre, wenn die Bergarbeiter die Beiträge zum Reichsknappschaftsverein allein tragen würden, dann hätten sie auch allein zu bestimmen.

Sichermann von der Afa hält darauf einen Vortrag über die Verhütung der Schlagwetterexplosionen und die Unschädlichmachung des Kohlenstaubes. Da sich die Erwartungen auf die Berieselung nicht erfüllt hätten, sei man zu einem neuen Verfahren gekommen: durch Streuen von Steinstaub könne die Explosionsgefahr des Kohlenstaubes vermindert werden. Er ließ sich des längeren über dieses Verfahren aus, von dem er aber zugeben mußte, daß es nicht vollständig ausprobiert sei.

Baldtrusch hält dem entgegen, daß, wenn die Berieselung richtig durchgeführt würde, sie dem Steinstaubverfahren vorzuziehen sei. Durch das schlechte „Gedinge", durch das raffinierte Akkordsystem, bei dem der Bergmann genötigt ist, unbedingt eine gewisse Menge Kohle zu fördern, wird aber jede Vorsichtsmaßnahme außer acht gelassen, weil sie Zeit in Anspruch nimmt und nicht bezahlt wird.

Wehmeyer von der Afa ist der Ansicht, daß durch das schlechte „Gedinge" die Sicherheitsmaßnahmen nicht außer acht gelassen werden dürften. Wenn der Verdienst des Bergarbeiters nicht zum Leben reicht, dann muß eben rücksichtslos im Zusammenarbeiten mit Arbeitern und Angestellten eine bessere Entlohnung durchgesetzt werden. Eine große Gefahr bedeute neuerdings die Einstellung von Einjährig-Freiwilligen und stellungslosen Offizieren, die nach viel zu kurzer und oberflächlicher Ausbildung auf die Bergarbeiter losgelassen werden. Das Kapital versucht durch die Einstellung dieser reaktionären Elemente die Vereinigung der Arbeiter und Angestellten zu verhindern. Dem müssen wir entgegentreten.

Spendet für die Rote Hilfe

Gewerkschaftstaktik der Leviten.

Unter diesem Titel setzt das „Korrespondenzblatt" des ADGB. sich mit den Ausführungen von Paul **Levi** in der letzten Nummer „Unser Weg" auseinander. Ueber die Frage der „Zellenbildung" schreibt es u. a. folgendes:

„Levi sieht die deutschen Kommunisten vor die kategorische Frage gestellt, ob sie auf die deutschen Gewerkschaften oder auf alle Zellenbildung verzichten wollen, samt denen etwa, die auf solcher Zellenbildung weiter bestehen. Wir müssen schon gestehen: sollen unsere Gewerkschaften schon einmal kommunistisch erobert werden, so ziehen wir die Taktik der Leviten der der Moskauer entschieden vor. Die Gewerkschaften können es nicht verhindern, daß, wer sich in eingehender Mitarbeit um der Sache selbst willen in ihnen Freunde gewinnen kann für seine politischen Anschauungen. Ein Eindrängen aber, das lediglich darauf ausginge, parteipolitische Geschäfte zu machen, wirkt störend in ihrem Organismus wie ein Fremdkörper, der irgendwie ausgeschieden werden muß."

Wir müssen gestehen, daß wir die Ausführungen Levis in dieser Frage, die scheinbar ohne jede Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zustande gekommen sind, für sehr unglücklich halten. Es ist leicht begreiflich, daß sich das „Korrespondenzblatt" des ADGB. mit Wonne auf sie stürzt. Die politische Neutralität der Gewerkschaften ist nur der Deckmantel, unter dem die stärkste politische Arbeiterpartei es bisher verstanden hat, die Gewerkschaften in ihrer politischen Gewalt zu behalten. Den verschiedenen politischen Auffassungen der drei Arbeiterparteien entsprechen auch verschiedene gewerkschaftspolitische und gewerkschaftstaktische Einstellungen, und es ist selbstverständliche Pflicht dieser Partei, ihrer Auffassung in den Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen. Das ist aber nur möglich, wenn sie ihre Anhänger in den Verbänden in irgendeiner Form zusammenfaßt, um eine einheitliche gewerkschaftliche Tätigkeit im Sinne ihrer gewerkschaftlichen Auffassung herbeizuführen. Alle Parteien, ob SPD., USP. oder KPD., handeln so und bilden „Zellen" in den Gewerkschaften, d. h. Zusammenfassung derjenigen Parteimitglieder, die in einer bestimmten Gewerkschaft organisiert sind. Und sie verzichten höchstens dann darauf, wenn sie in einem Verband und in einem bestimmten Ort eine ganz unzweifelhafte, unangreifbare Mehrheit besitzen. Der Unterschied zwischen der Fraktionsbildung der USP. und SPD. und derjenigen der KPD. besteht nur darin, daß jene Parteien ihre Gewerkschaftsmitglieder zusammenfaßten, ohne viel von Zellen und Fraktionen zu reden, während die Kommunisten zunächst eine rege Propaganda und Agitation für die Zellenbildung entfalteten und dann den anderen den Vorwand gaben, den Kommunisten das zu verbieten, was sie selbst schon lange taten. Und noch ein anderer wichtiger Unterschied besteht: Die SPD. und USP. bilden in den meisten Fällen ihre Fraktionen in den Gewerkschaften, um ihre bisherige reformistische Politik ungestört fortsetzen zu können. Die Kommunisten aber unternehmen denselben organisatorischen Schritt, um die alte Gewerkschaftstaktik der Arbeitsgemeinschaft und des Reformismus zu ersetzen durch eine Gewerkschaftstaktik des revolutionären Klassenkampfes.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistische Fraktion der Schneider. Sonnabend abend 8 Uhr: Sitzung in der Produktiv-Genossenschaft.

Bezirkskonferenz des DMV.

Die kommunistischen Delegierten zur Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in **Wernigerode** melden sich im Restaurationszimmer des „Volkshauses" eine Stunde vor Beginn der Konferenz. Parteiausweis legitimiert.

Der Fraktionsleiter.

Betriebsräte-Vollversammlung. Am Sonntag, dem 13. November, vormittags 9½ Uhr, findet im „Volkspark "eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag über „Wissenswertes aus den Versicherungsgesetzen." (Referent Arbeitersekretär Kollege **Grabow**.) 2. Bericht von der Betriebsrätekonferenz. (Referent Kollege **Freiberg**.) 3. Vortrag über Rechte und Pflichten des Betriebsobmannes in Kleinbetrieben. (Referent Gewerkschaftssekretär Kollege **Wielepp**.) 4. Betriebsrätefragen und Verschiedenes. Da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist, wird das Erscheinen sämtlicher Betriebsratsmitglieder, vor allem aber auch der Betriebsobleute aus den Kleinbetrieben, erwartet.

Berichtigung. In dem Artikel des Hallischen „Klassenkampf" vom 1. November 1921, überschrieben „Betriebsrätekonferenz des Meuselwitz-Rositzer Reviers", ist bei der Behandlung des Falles Breuer u. a. folgendes gesagt worden:

„. . . Die Belegschaftsmitglieder erklären den Fall Breuer als erledigt. . . ." Dafür stimmten 65, dagegen 61, ungültig waren 8 Stimmen.

Dieser Beschluß war die Folge eines **unglaublichen Betruges**. In der Betriebsversammlung wurde durch irreführende Manipulationen der Eindruck erweckt, der anwesende Syndikus des Unternehmerverbandes, der in einer raffiniert verschleierten Weise zugunsten des Obersteigers Breuer sprach, sei ein Vertreter der Arbeiterschaft."

Als Geschäftsführer (Syndikus) des in Betracht kommenden Unternehmerverbandes, d. h. des Arbeitgeberverbandes Meuselwitz-Rositzer Braunkohlenwerke erkläre ich, daß diese Angabe durchaus falsch ist. Richtig ist vielmehr, daß weder ich, noch ein anderer Vertreter des Arbeitgeberverbandes Meuselwitz-Rositzer Braunkohlenwerke an der Betriebsversammlung am 22. Oktober 1921 in Kriebitzsch teilgenommen haben. Hochachtungsvoll Riedel, Bergrat.

Vom Tage

Fünfzehn Millionen geerbt. **Bochum**, 9. November. Einem Schlosser fiel aus Amerika eine Erbschaft von etwa 50 000 Dollars, also jetzt fünfzehn Millionen Mark zu.

Seemannslos. Auf der Insel Wangeroog sind laut „L. A." sieben ertrunkene unbekannte Seeleute angetrieben und dort bestattet worden.

Brücke über die Werdach eingeweiht. Wie der „Lok.-Anz." aus Augsburg meldet, wurde gestern die mit einem Kostenaufwand von über drei Millionen Mark erbaute große Brücke über die Werdach, die die beiden Stadtteile Augsburgs miteinander verbindet, feierlich eingeweiht.

Glückliches Zeulenroda! **Zeulenroda**, 8. November. Der ohne Anhang verstorbene Fabrikbesitzer Ernst Schopper setzte die Stadt zur Universalerbin seines Millionenvermögens ein.

Liebesdrama. **Berlin**, 9. November In der Malplaquetstraße erschoß der 31jährige Arbeiter Willmann seine Geliebte Frieda John, weil sie sich wieder mit ihrem Manne vereinigen wollte.

Ausschneiden! **Läuse** Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen** Ausschneiden!
beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit **Eckolda** (vom Fachmann hergestellt) 100 000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg werden Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda. Fabr. Eckolda-Werke, Essen. Zu haben in:
Halle: Drogerie M. Ott, Steinweg 26; Hallmarkt-Drogerie, P. Klaus, Dreyhauptstr. 2; Herm. Stitz Nachf., Gr. Steinstr. 33; Neumarkt-Drogerie, Bernburger Str. 32; Holländer-Drogerie, Alter Markt 4; Königs-Drogerie, Lindenstr. 55; Rud. Fleck, Herbartstraße-Ecke Freiimfelder Str. 19. *1316

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0003

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. **Fernsprecher:** 1473.
Postscheckkonto Leipzig 32443, Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Nauendorf am Petersberg. Sonnabend, den 12. Nov., abends 8 Uhr, bei Husung: **Mitglieder-Versammlung.** Thema: „Die Aufgaben der Partei." Ref.: Gen. Schmidt (Halle).

Langenbogen. Sonnabend, den 12. Nov., abends 8 Uhr, bei Markgraf: **Oeffentl. Volksversammlung.** Thema: „Märzaktion und Untersuchungsausschuß." Ref.: Genosse Kilian (Halle), Mitgl. d. Untersuchungs-Ausschusses.

Morl-Möderau. Sonnabend, den 12. Nov., abds. 8 Uhr, bei Schmidt in Morl: **Oeffentl. Volksversammlung.** Thema: „Neue Steuerlasten, Preissteigerungen und Lohnabbau." Ref.: Gen. Hans Schulz (Berlin).

Passendorf bei Halle. Sonnabend, den 12. Nov., abends ½8 Uhr, in den „Drei Lilien": **Revolutionsfeier** zugunsten der „Rußlandhilfe". Ref.: Gen. Behr (Halle).

Alsleben u. Umg. Sonntag, den 13. Nov., nachmittags 3 Uhr, in der „Zentralhalle": **Oeffentl. Protestversammlung.** Thema: „Gegen Wucher, Preissteigerung und Lohnabbau". Ref.: Gen. Oertel (Halle).

Unterbezirk Bitterfeld.

Kemberg. Sonnabend, den 12. November, abds. 8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Wirtschaftliche und politische Lage". Ref.: Gen. Winter.

Petersroda. Sonntag, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, in Kants Lokal: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Wirtschaftliche und politische Lage".

Schmiedeberg. Sonntag, den 13. Nov., vorm. ½10 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Wirtschaftliche und politische Lage".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Herzberg. Sonntag, den 13. Nov., nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Wirtschaftliche und politische Lage".

Konsumverein für Jeßnitz und Umgegend, e. G. m. b. H.

Sonnabend, den 12. November 1921, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" daselbst

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Verlesen des letzten Versammlungsprotokolls.
2. Geschäftsbericht. Genehmigung der Bilanz. Verteilung des Reingewinns. Entlastung des Vorstandes.
3. Referat des Verbandssekretärs **Pflug** (Magdeburg).
4. Antrag der Verwaltung:
   a) Auflösung und Liquidation des Vereins.
   b) Wahl von Liquidatoren.

Eventuelle Anträge müssen drei Tage vor der Versammlung beim Vorstand eingereicht werden.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand: H. Hühler. *1334 **Der Aufsichtsrat:** P. Elze.

Die Teilnahme an der Versammlung ist nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet.

Achtung! Achtung!
Da große Zufuhr
billiges Fleisch!
Wie bekannt auf dem Wochenmarkt.
Hugo Lüttich, Halle, Friedrichstraße 34.
Bin Käufer von allen Sorten Ziegen und Böcken.
4078 D. O.

Normal-Hemden

sind teuer geworden. Wir verkaufen weiter zu den bekannt 1343
billigen Preisen.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2
eine Treppe, Eing. Sternstr.

Empfehle ständig gute
hausschlachtene Wurstwaren
und **frisches Fleisch**
in bester Qualität zu soliden Preisen.
Artur Reinicke, Fleischermstr.,
Dessauer Straße 16. 1294

Spezialarzt **Dr. med. Dammann's** Heilanstalt
Berlin 98, **Potsdamerstraße 123 B.**
Sprechstunden 9—12, 3—6, Sonntags 10—12
Langjährig bewährtes Heilverfahren gegen alle Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden in frischen und alten Fällen, sexuelle Schwäche, Weißfluß. Unschädliche Kuren, keine Berufsstörung. Belehrende Broschüre mit zahlreichen Dankschreiben kostenlos ohne jede Verpflichtung gegen Doppelbriefporto in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck. **Leiden genau angeben.** *1315

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse
Nimmt **Riesolda** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Katz' u. Hund.
In ½ Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-,** Filz- und Kleider-
Läuse
sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch. u. Tier. **„Riesolda"**, g. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur: **Schurig,** Steinweg 10. Postv. **Preis: 5 und 7,50 Mk.** 1280

Größte
Sehenswürdigkeit in Halle!
Am 11., 12. und 13. November d. J.:
Große Geflügelausstellung
in den neuen Straßenbahnhallen am Städtischen Schlachthofe in Halle zum 50jährigen Jubiläum des Ornithologischen Zentralvereins für Sachsen und Thüringen. — **Ueber 4500 edelste Zuchttiere aus allen Gauen Deutschlands werden ausgestellt.** Versteigerung der prämiierten Tiere am 11. Nov., 11 Uhr vormittags. — Geöffnet von 9 bis 6 Uhr. 1335

Ausschneiden! Bares Geld! Ausschneiden! Bares Geld!
Vorzeiger dieser Anzeige zahlt an der Kasse
nur 2 Mark Eintritt
im Edison-Theater, Goethestr. 26.
Freitag, den 11., bis **Sonntag,** den 13. Nov.
Der spannende Film in 12 Akten.
In der Hauptrolle die beliebte Darstellerin **Edith Posca**
Das Achtgroschenmädel. 1. Teil.
Aufregender Abenteurer-Sittenfilm in 6 fabelhaften Akten. Außerdem:
Der lustige Witwer.
Lustspiel in 4 Akten.
Voranzeige.
Dienstag, den 15. November:
Das Achtgroschenmädel. 2. Teil.
Dazu **Putschliesl,** Lustspiel mit Ossi Oswalda, 4 Akte.
Beginn 7 u. 8.30 4081
Gut geheizt.
Ausschneiden! Bares Geld! Ausschneiden! Bares Geld!

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität",
Ortsgruppe **Halle a. d. S.**

Sonnabend, den 12. November, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Volksparkes":

Stiftungsfest,

bestehend aus: 4077

Kunst- und Reigenfahren, Ball, sowie Radballspiel zwischen den Mannschaften Halle-Holzweißig.

Es ladet ergebenst ein **Der Festausschuß.**

Liebe Schuljugend! Arbeitereltern!
Die Kommunistische Kindergruppe
ladet Euch herzlichst zu einem
Elternabend
am **Freitag, dem 11. November 1921,**
nach dem großen Saale des **„Volksparkes"** ein.
Ernste u. heitere Vorträge, Mandolinenspiel und **Volkstänze, Lichtbilder** und andere **Ueberraschungen** versprechen einige heitere Stunden.
Anfang pünktlich ½7 Uhr.
Eintritt: Erwachsene **1** Mk., Kinder **50** Pf., Mitglieder **30** Pf. F

Voranzeige.
1. Hall. Mandolinen-Orchester
(Direktion: Kapellmeister **H. Kirchhoff**).
Sonnabend, den 19. Nov., abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volksparks":
Volks-Musik-Abend.
Mitwirkende: 2 der bedeutendsten Solisten Deutschlands **Felix Adam,** Hannover (Mandol.-Virtuos), **Ferd. Kollmaneck,** Leipzig (Komponist u. Zither-Virtuos). Am Flügel **Walter Schmeil, Halle.**

Karten im Vorverkauf num. Platz 5 Mk., einschl. Programm, zu haben bei H. Hothan, Musik.-Handlg., Gr. Ulrichstr., Gottl. Wenzel, Zigarrengesch., Merseburger Str. 14, H. Kirchhoff, Zigarrengesch., Königstr. 89. 4089

Werbt für die Produktiv-Genossenschaft

Vereins-Anzeiger.

Arbeiter Sänger-Chor
Mittwochs u. Freitags, abends 8 Uhr, im „Volkspark":
Singestunde.
Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeden Donnerstag abd. 8 Uhr im „Volkspark":
Singestunde.
Sangeslustige Frauen und Mädchen finden daselbst Aufnahme.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl. Ortsgruppe **Halle.**
Heute, Freitag, abend 7¼ Uhr im „Volkspark":
Rednerkursus.

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle).
Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14:
Mitgliederversammlung.
Gäste stets willkommen.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Uebungsstunde: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).

Allg. Arbeiter-Union (Ortsgruppe Halle).
Jed. Sonnabend im Rest. Löther, Gr. Steinstraße, von 7—9 Uhr Kassenstunden. Wer sich nicht selbst kassiert und drei Versammlungen hintereinander nicht kommt, stellt sich außerhalb der Union.
Sonnabend, den 12. Novbr., abds. 9 Uhr, bei Löther:
Sitzung des Arbeitsausschusses.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S., (E. V.)
Uebungsstunde im Stadtbad:
Mittwoch von 8—9 Uhr, Damenabteilung.
Donnerstag von 7—8 Uhr, Jugendabteilung.
Von 8—9 Uhr, Männerabteilung.

Turn- u. Sport-Verein „Fichte".
„Volkspark-Turnhalle" von 7—9 Uhr:
Dienstags: Leichtathletische Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Freie Bühne Halle, Volkspark, Burgst.
Heute, Freitag, ½8 Uhr:
Probe.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats im „Volkspark": **Mitgliederversammlung.** Montag u. Donnerstag jede Woche, abends 5—7 Uhr, im Bureau, Gewerkschaftshaus, Harz 42|44, 2 Tr., Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Freitag abd. 7½ Uhr: Singestunde im Mozartsaal, Weidenplan 20.
Sonnabend: Treffen d. Musikgruppe um ¾7 Uhr am Hettstedter Bahnhof.
Sonntag: Wanderung nach dem Petersberg. Ab früh 7½ Uhr v. Wettiner-Platz.
Dienstag abend 7½ Uhr im Mozartsaal: Musikgruppe.
Mittwoch (Bußtag): Treffwanderung f. alle Gruppen nach Merseburg. Besichtigung der Stadt (dazu Vortrag), nachm. naturw. Vortrag.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle
Jeden letzten Freitag im Monat im „Volkspark":
Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit".
Radfahrervereine, welche gewillt sind, sich dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit" anzuschließen, erhalten nähere Auskunft v. Kreisleiter **Paul Craya,** Halle (S.), Mansfelder Straße 25.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern" Vereinslokal Lohse, Humboldtstraße 1.
Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat
Versammlung.
Mittwoch, den 16. November (Bußtag), abends punkt 7 Uhr in Lohses Restaurant
außerordentliche Generalversammlung.
Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Arb.-Samarit-Kol. Halle
Die Arbeiter-Samariter-Kolonne, Halle, hält zurzeit einen Kursus über erste Hilfe bei Unglücksfällen u. plötzlich auftretenden Krankheiten sowie über Hauskrankenpflege ab. Die Uebungsstunden finden jeden Freitag abds. von 8—10 Uhr in der Martinschule, Charlottenstraße, unt. Leitung des Herrn Dr. med. Zeiß statt. Mitglieder und Kursusteilnehmer werden dort noch angenommen.

Kommunist. Jugend.
Halle, Rathausstraße 16.
Am Freitag abend ½7 Uhr besuchen wir geschlossen den Elternabend der Kindergruppe im „Volkspark".
Sonnabend, ¾7 Uhr, im „Jugendheim": Vollsitzung der Gewerksch.-Obmänner und Vertrauensgenossen. Alle Vorstandsmitglieder sind hierdurch eingeladen.
Sonnabend. Gruppe Zentrum: Sitzung aller Funktionäre im Heim.
Gruppe Nord: Sitzung aller Funktionäre im „Volkspark".
Sonntag abend: Geselliges Beisammensein im Jugendheim.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: „Lindenhof",
Gesangs-Abteilung:
Mittwochs von 8—10 Uhr,
Turn-Abteilung:
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Proletarische Bühne:
Donnerstag, 8—10 Uhr.
Musik-Abteilung:
Donnerstag, 8—10 Uhr.
Jugend-Abteilung:
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Kinder-Mandolinen-Abtlg. Freitag 5—7 Uhr.
Proletkult-Diskussionsabend: Montag, 8—10 Uhr.
Sonntag, den 13. November: Besichtigung der Blindenanstalt. Treffpunkt 10 Uhr vormittags an der Blindenanstalt.
Musik- u. Wander-Abteilung trifft sich Sonntagmittag 2 Uhr im Heim zu einer Tour ins Blaue.
Abends 8 Uhr im Heim eine wichtige Besprechung. Erscheinen ist Pflicht.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesangverein.
Singestunden: Frauenchor: Jeden Donnerstag ½8 Uhr, Männerchor: Heute, Freitag, abd., ½8 Uhr, im „Hotel".

Kleinwittenberg. Nietleben.

Freireligiöser Verein.
Jeden Donnerstag nach dem 15. jeden Monats
Versammlung
im „Volksheim".

Demnächst erscheint:
Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunist. Internationale
E. VARGA
STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK
INHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundbegriffe der Steuerlehre / Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien
24 Seiten **Preis Mk. —.30**
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.
*1340

Krawatten!!
gute Qualitäten 4079
zu
sehr billigen Preisen!
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2,
eine Treppe. Eingang Sternstr.

Achtung! Achtung!
Ferkel u. Futterschweine
zu billigen Preisen *1349
stehen dauernd z. Verkauf von Sonnabend früh an.
Lindners Gasthaus, Ammendorf-Ra.

Bekanntmachung.

Der **Ortslohn** gewöhnlicher **Tagearbeiter** ist durch Verfügung des Oberversicherungsamtes zu Merseburg vom 22. Oktober 1921 für den Stadtkreis Halle wie folgt festgesetzt worden:

1. **für männliche Versicherte über 21 Jahre** 30,00 Mk.
2. **für weibliche Versicherte über 21 Jahre** 19,20 Mk.
3. **für männliche Versicherte v. 16-21 Jahre** 23,10 Mk.
4. **für weibliche Versicherte von 16-21 Jahre** 16,00 Mk.
5. **für männliche Versicherte v. 14-16 Jahre** 15,50 Mk.
6. **für weibliche Versicherte von 14-16 Jahre** 12,30 Mk.
7. **für männliche Versicherte unter 14 Jahre** 7,00 Mk.
8. **für weibliche Versicherte unter 14 Jahre** 7,00 Mk.

Die Festsetzung tritt am 1. Januar 1922 in Kraft.

Halle, den 5. November 1921. 4084

Das Versicherungsamt der Stadt Halle.

Stadt-Theater.
Sonnabend, den 12. Nov., Anfang 7½, Ende 10 Uhr:
4087 **Gastspiel**
Kammersänger Eduard Habich (Berlin):
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper von Rossini.
Sonntag nachmittag:
Zwangseinquartierung.
Sonntag abend:
Schönheit und Tugend.
(Una cosa rara).
Singspiel von V. Martin.

Dauerhafte 4076
Portemonnaies
in prima Leder
noch sehr preiswert.
H. Krasemann,
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur
Schmeerstraße 19.

Trotz enormer Preissteigerung
biete ich immer noch
pa. Anzüge
elegante Fassons, beste Verarbeitung,
Kleider und Blusen, Wäsche aller Art, Militär-, Manchester-, engl. Leder-, gestreifte Hosen zu staunend billigen Preisen.
Unser Schlager:
eleg. Kostümröcke mit Falten und Knopfgarnitur **40 50 55**
Bettücher 33— 4085
Trabert, **Kleine Ulrichstr. 5.**

Bruchkranke
können ohne Operation geheilt werden. Langjähr. erprobte Methode. Sprechstunden in Halle, „Hotel grüner Baum", Franckestr. 14. Montag, den 14. November, von 9—1 Uhr.
Spezialarzt Dr. med. Coleman, Berlin W 35. *1346

Gelegenheitskäufe
in **Möbeln, Polsterwaren, Betten** usw. 1295
Klara Rust,
Sternstr. 6, Telephon 3579

Geld erhalt. Leute jeden Stand. geg. monatl. Ratenrückzahlung durch *1321 **A. Becker, Heidelberg,** Postfach, Rückporto.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Lerchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen kräftigen
Mittag- und Abendtisch.
Das Glas Bier 2,00.

Wachstuchreste
Wachstuche vom Stück
Linoleum
für Tische
in großer Auswahl
Hugo Nehab Nachfg.
Gr. Ulrichstraße 3. 1318

Solbad Fürstental
Stark radiumhaltige Solquelle, natürl. Schmiedeberger Moorbäder und alle medizinischen Bäder. 1364
Robert-Franz-Straße 10.

Flieger- und Regatta-Mützen,
in nur guten Tuchen, kaufen Sie preiswert bei 1345
J. Kaliga,
Gr. Klausstr. 35.

Werbt für den „Klassenkampf".

Aelt. Schuljunge
z. Wegelaufen **sofort gesucht.**
4082 **Korbgeschäft, Triftstr.**

Geschirrführer
gesucht. *1350
Abfuhrgeschäft, Reilstr. 103.

Schlafstelle
mit Mittagessen, 4080
Nähe Lerchenfeldstraße **sofort gesucht.** Offerten unter **B. H. 207** an die Exped. d. Ztg.

Familien-Nachrichten

Mariechen Weber
Franz Ronneburg
grüßen als Verlobte. 4083
Schlettau b. Halle. Passendorf b. Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0004
DFG

Der Bankrott Deutschlands

Material zum Steuerkampf

Wir bringen einige Kapitel aus der im Verlag der Kommunistischen Internationale erschienenen Schrift „Der Bankrott Deutschlands" von Dr. Eugen Pawlowski.

Die ist Pawlowskis, eines geschulten Ökonomen und Statistikers, verarbeitet in überschwänglicher Weise das gesamte statistische Material zur deutschen Wirtschafts- und Finanzlage. Sie ist eine unentbehrliche Grundlage zur Materialsammlung für den beginnenden Steuerkampf.

Preis 2,50 Mk. im Verlag von Carl Hahm Nachfolger, Hamburg. Sie sollte zum mindesten in der Hand jedes agitatorisch tätigen Genossen sein.

1. Das Steuerproblem im Klassenstaat

Das Grundprinzip, nach welchem die herrschende Klasse die Steuerfrage löst, ist durch Lassalle klar herausgearbeitet worden: die herrschende Klasse einnimmt die nötigen Güter zur Erhaltung der bestehenden Machtapparat bildenden Menschengruppe dem Einkommen der unterdrückten Klassen. Im feudalen Staate, wo die Ausbeutung, die Enteignung des Mehrwertes die offene Form der Bezahlung des Zehnts und den Anteil der Adligen annahm, war die Steuerfreiheit der herrschenden Klasse, des Klerus und des Adels, und die Steuerpflicht der Bauern und Handwerker im Gesetze offen festgelegt. Die Steuerfreiheit des Adels war ein Teil des Staatsrechts. Als die Bourgeoisie ans Ruder kam und das Recht mit der Devise der Freiheit und Gleichheit reformierte, als die Mehrwertsaneignung die verdeckte Form des Ankaufs der „freien" Arbeitskraft zu ihrem Werte annahm, da wurde auch die Steuerfreiheit der Herrschenden und die Steuerpflicht der Ausgebeuteten verhüllt. Die Steuermoral der Bourgeoisie forderte, daß die Steuer „gerecht", nach der Tragfähigkeit der Bürger, verteilt werde. In der Wirklichkeit aber wurden die Steuern fast ganz auf die arbeitende Klasse abgewälzt.

Wir wollen hier nicht auf die sehr verwickelten Probleme der Besteuerung eingehen. Wir wollen nur den Hauptpunkt hervorheben: Welche Einkommensart belastet eine konkrete Steuer: den Profit, die Rente oder den Arbeitslohn? Anders ausgedrückt: Welche Klasse: die Kapitalisten, die Grundbesitzer, die Bauern oder das Proletariat tragen die Steuern, d. h., wessen Einkommenanteil wird endgültig durch die Steuer geschmälert?

Es gibt Ansichten, wonach jede Steuer endgültig vom Proletariat getragen wird. Diese Ansicht halten wir für unrichtig. Auf das Proletariat können Steuern nur auf zweierlei Art und Weise abgewälzt werden:

1. Durch eine Herabsetzung der Geldlöhne.
2. Durch Verteuerung jener Waren, welche in den Konsum der Arbeiter eingehen: Abwälzung in gewöhnlichem Sinne.

Was den ersten Fall anbelangt, so müssen wir sagen: Erlauben es die Verhältnisse, so warten die Kapitalisten nicht darauf, bis eine neue Steuer eingeführt wird; sie setzen die Löhne, und zwar ohne eine derartige „moralische" Begründung, herab. Waren sie hierzu früher nicht stark genug, so wird ihnen das Proletariat auch jetzt nicht den Gefallen erweisen, die Last der Steuer in Form einer Lohnherabsetzung auf sich zu nehmen.

Was die zweite Art, die Ueberwälzung durch Preiserhöhung anbelangt, so möchten wir davor warnen, diese Frage in unmarxistisch-mechanischer Weise zu behandeln.

Vor allem muß gefragt werden: Wenn die Kapitalisten die neuen Steuern einfach durch einen Preisaufschlag auf die Waren abwälzen können, wenn der Markt diesen Preis ohne weiteres annimmt, was hat die Kapitalisten davon abgehalten diese Preiserhöhung bisher vorzunehmen? Ihr guter Wille? Oder weil sie mit ihrem Profit zufrieden waren? Wir sehen, wir können ohne Heranziehung der marxistischen Preistheorie die Frage der Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit einer Steuer innerhalb des Kapitalismus nicht entscheiden.

Wir wollen vor allem die Verhältnisse in dem von Marx analysierten, auf freier Konkurrenz beruhenden Kapitalismus untersuchen. Der Preis der frei verwendbaren Güter wird durch das Gesetz bestimmt, daß gleich große Kapitalien gleich große Profite abwerfen müssen (Durchschnittsprofitrate). Wird daher einem Industriezweig eine spezielle Steuer auferlegt, so wird er dieselbe auf die Konsumenten abwälzen, da dieser Betriebszweig sonst mit einer unterdurchschnittlichen Profitrate arbeiten müßte. Die Abwälzung muß — theoretisch — gelingen. Wollen die Konsumenten den höheren Preis nicht bezahlen, so wird ein Teil des in diesem Betriebszweig angelegten Kapitals in andere Betriebszweige abwandern, die Produktion wird kleiner, das Angebot geringer, die Preise steigen, die Steuer wird abgewälzt. Wir sehen, ein ziemlich komplizierter Prozeß.

Wie nun aber, wenn alle Produktionszweige mit einer Steuer belastet werden? Der Ausgleich durch Abwanderung in andere Produktionszweige, wenn die Konsumenten sich weigern, die erhöhten Preise zu zahlen, liegt nicht offen! Alle Preise müssen erhöht werden, wenn die Steuer abgewälzt werden soll. Gelingt dies, so ist die Steuer abgewälzt. Aber auf wen? Zum großen Teil auf das Proletariat. Der Teil aber, welcher auf jene Güter entfällt, die die Kapitalistenklasse konsumiert, endgültig unproduktiv konsumiert, belastet endgültig die Kapitalisten!

Aber es gibt Waren, deren Preis nicht durch das Gesetz der Durchschnittsprofitrate bestimmt ist: jene Waren, in deren Preis eine Rente (Grundrente, Bergwerksrente usw.) enthalten ist. Der Preis dieser Güter wird durch die Produktionskosten derjenigen zur Versorgung des Marktes noch nötigen Quantität bestimmt, welche unter den schlechtesten Bedingungen (am teuersten) produziert wurde. Die Differenzial-Grundrente ist eben nichts anderes als die Produktionskosten-Differenz des auf einem besseren Boden produzierten Getreides gegenüber dem auf dem schlechtesten Boden produzierten, dessen Preis den Marktpreis des Getreides überhaupt bestimmt. Es folgt daraus, daß eine Steuer auf die Grundrente durch eine Preiserhöhung absolut nicht abwälzbar ist, mag sie auch die gesamte Grundrente wegsteuern. Denn der Preis der landwirtschaftlichen Produkte ist ja ohnehin Maximum, d. h. der Preis des auf dem schlechtesten Boden gebauten Produkts (wenn es zur Versorgung des Marktes nötig ist).

Selbstverständlich ist ferner, daß eine Erbschaftssteuer und überhaupt einmal zu entrichtende Vermögenssteuern auf keinen Fall abgewälzt werden können. Nun leben wir aber nicht in einem auf freier Konkurrenz beruhenden Kapitalismus, sondern im Zeitalter des Finanzkapitals, der Kartelle und Trusts. Die Preisbildung der meisten industriellen Waren wird hierdurch modifiziert. Nehmen wir einen extremen Fall. Ein Trust beherrscht die ganze Produktion eines Landes auf einem Gebiete. Die Einfuhr aus dem Ausland ist verboten. Der Trust ist also durch keine Konkurrenz in der Festsetzung der Preise gehemmt! (Wenn wir von der Möglichkeit der Anwendung von Ersatzmitteln absehen.)

Wie hoch wird der Trust den Verkaufspreis seiner Waren ansetzen? Setzt er ihn zu hoch an, so wird bei den momentan gegebenen Einkommensverhältnissen der Konsum zurückgehen. Er kann so stark zurückgehen, daß hierdurch der Profit kleiner wird. Er wird den Preis ansetzen, bei welchem der Gesamtprofit der höchste ist. Wird eine neue Steuer auf die Erzeugnisse des Trusts oder auf sein Einkommen eingeführt, kann derselbe den Preis offenbar nicht durch eine einfache Hinzufügung der Steuer bestimmen und die Steuer restlos abwälzen. Durch die Preiserhöhung wird der Konsum zurückgehen, der Profit kleiner werden. Der Trust wird vielleicht versuchen, gar nicht den Versuch einer weiteren Preiserhöhung vorzunehmen, sondern die Steuer einfach als Verminderung seines Kartell-Extraprofites hinnehmen müssen.

Wir sehen, die Frage der Abwälzbarkeit der Steuern ist viel komplizierter, als sie auf den ersten Blick erscheint, und ist, wir wiederholen es, vor allem eine Frage der Klassenmachtverhältnisse. — Ist das Proletariat schwach, so wälzt die herrschende Klasse natürlich alle Steuern, die ganze Last der Erhaltung des Staates auf dasselbe ab. Aber dies ist keine Steuerfrage: auch ohne Steuern würde die herrschende Klasse — und hat es immer getan —, wenn sie die Macht hierzu besäße, das Einkommen des Proletariats auf das Minimum beschränken, bei welchem das Proletariat eben noch Arbeit leisten kann, selbst ohne Rücksicht auf die Verelendung der ganzen Klasse.

Wenn wir uns nun prinzipiell auf die gegebene Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellen — womit wir durchaus nicht gesagt haben wollen, daß auf dieser Basis für Deutschland eine Lösung der Finanzkrise möglich ist —, so läßt sich nach dem Grade der Abwälzbarkeit eine ungefähre Skala der Steuern vom Standpunkte des Proletariats bestimmen.

Die wäre ungefähr:

1. Nichtabwälzbare Steuer...

Steuern auf den Besitz:
1. Besitzsteuern mit einmaliger Abstattung,
2. Erbschaftssteuern.

Beide mit einem den Vermögensverhältnissen des Proletariats entsprechenden steuerfreien Minimum.

Steuern auf die Rente:
Grund- und Bergwerks-Wertsteuer, evtl. bis zum vollen Jahresbetrag der Rente.

Steuern auf den Aufwand:
Luxussteuern, Zölle auf Luxusgegenstände.

2. Steuern deren Abwälzbarkeit eventuell möglich ist.

Steuern auf den Profit und Zins:
1. Ertragssteuern,
2. Einkommensteuern (mit einem das Einkommen des Proletariats übersteigenden Minimum),
3. Körperschaftssteuern,
4. Börsen-, Wertpapiere- usw. Steuern.

3. Steuern, die im allgemeinen voll abgewälzt werden und daher das Lohneinkommen belasten:
1. Verbrauchssteuern auf Güter, die das Proletariat konsumiert,
2. Zölle auf Güter, die das Proletariat konsumiert,
3. Umsatzsteuern,
4. Verkehrssteuern.

4. Direkte Steuern auf das Lohneinkommen:
Einkommensteuern, welche den Arbeitslohn treffen.

Wir betonen nochmals, es handelt sich darum, die Steuern ungefähr danach zu klassifizieren, inwiefern sie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung des Lohneinkommen treffen mögen, nicht um eine Feststellung, welche Steuern in der gegenwärtigen konkreten Situation Deutschlands für das Proletariat annehmbar sind oder nicht.

Bevor wir diese theoretischen Ausführungen schließen, müssen wir die Frage aufwerfen, inwieweit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine „energische" Steuerpolitik ein Weg zum Sozialismus gefunden werden kann. Anders ausgedrückt: Ist es möglich, durch Wegsteuerung des Mehrwerts eine Klassennivellierung innerhalb des Kapitalismus durchzuführen, wie es viele glauben?

Auf diese Frage hat Renner in seiner Broschüre ausführlich und richtig geantwortet; wir brauchen bloß die betreffenden Stellen zusammenzustellen. „Es ist beklagenswert, daß alle neu zuwachsenden Werte in der heutigen Gesellschaft in die Taschen privater Kapitalisten fließen, aber es ist so. Und also ist jeder Produktionsfortschritt, also die ganze ökonomische Entwicklung, daran gebunden, daß die Kapitalisten Teile ihres Einkommens unverzehrt ansparen."

„Wäre eine direkte Steuer — etwa eine Extrasteuer auf Fabriken — so exorbitant hoch, daß es den Unternehmern unmöglich wäre, verschlissene Werkzeuge und Maschinen zu ersetzen, so könnten sie — bei aller Vorliebe für direkte Steuern — nicht fortbestehen und die Steuern können nicht bewilligt werden."

„Innerhalb der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung darf der Mehrwert nicht einmal zu hoch besteuert werden, ohne ökonomische Katastrophen, ohne das Proletariat selbst durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen! Es hieße also einer für die Arbeiterschaft gefährlichen Utopie nachjagen, wollte man so „kurzerhand" den Mehrwert „hinwegsteuern", ohne im übrigen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an den Leib rücken zu wollen."

„Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch das bloße Mittel der Steuern — wie es manche Sozialisten erträumen — ist an sich ausgeschlossen —."

„Solange wir nicht direkt verstaatlichen oder vergesellschaftlichen, solange die Betriebe privat sind, haben die Mehrwertssteuern ihre festen Schranken."

Es folgt daraus: Wir müssen über die Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinausgehen, wenn wir eine für das Proletariat vorteilhafte Lösung finden wollen!

Gewerkschaftsbewegung

Schwäche als Prinzip

Der Berliner Gastwirtsgehilfenstreik ist beendet. Fünf Wochen lang haben die Arbeiter ganz Deutschlands auf ihre kämpfenden Berliner Kolegen geschaut. In Wind und Wetter standen die Streikposten und trotzten dem starren Willen der Unternehmer, dem hämischen Benehmen vieler Schupobeamten, die sich ganz als Hüter der Kapitalisteninteressen fühlten. Trotzdem die kämpfende Arbeiterschicht nach seine lange gewerkschaftliche Schulung hat, kämpfte sie mit einem Heroismus, mit einer Opferwilligkeit, die ihresgleichen sucht.

Trotzdem wurde der Kampf verloren. Die Gastwirtsangestellten erlitten eine Niederlage, obwohl hinter ihnen die gesamte Berliner Arbeiterschaft stand und bereit war, ihre Machtmittel im vollen Umfange zur Unterstützung ihrer Kameraden einzusetzen. Wir werden den Nachweis führen, daß diese Niederlage einzig und allein zu verdanken ist einer gar nicht zu beschreibenden Schwäche, Zaghaftigkeit und Mutlosigkeit der zentralen Berliner Gewerkschaftsinstanz: der Berliner Gewerkschaftskommission. Trotz alledem behaupten wir, der Kampf war ein Fortschritt. Nicht, daß wir etwa, wie „Vorwärts" und „Freiheit" es tun, nunmehr in die Welt posaunen, was schwarz sei, sei weiß, und die Annahme des Schiedsspruches, der alle Unternehmerforderungen fast restlos erfüllt, sei in Wirklichkeit ein großer Sieg der Angestellten. (Die 4000 bis 5000 Maßregelungen, die Absetzung der Betriebsräte, und die Erpressungsversuche mancher Unternehmer machen auch schon den „Vorwärts"-leuten die Augen übergehen.) Aber der Kampf der Berliner Gastwirtsgehilfen war ein Fortschritt, weil zum erstenmal in den Lohnbewegungen der letzten Epoche die Forderung der revolutionären Arbeiter erprobt wurde: Nicht Lokalisierung der Kämpfe, sondern Verbreiterung und Vertiefung!

Gegenüber dieser Forderung, die wir seit dem Einsetzen der Teuerungswelle immer und immer wieder erhoben haben, glaubte die Gewerkschaftspresse und auch die Zeitungen der sozialdemokratischen Parteien nichts anderes zu tun zu haben, als sie für ein „Agitationsmanöver" zu erklären. Es hat sich aber gezeigt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission, die in ihrer Mehrheit durchaus nicht kommunistenfreundlich ist, zu diesem „Agitationsmanöver" gegriffen hat, um eine schwierige Position der Arbeiterklasse gegenüber einem halsstarrigen Unternehmertum zu halten. Das Ziel der Berliner Gastwirtsunternehmer: die Zerstörung der Solidarität unter dem Personal, die Vernichtung der Grundlagen für die Organisationstätigkeit der freien Gewerkschaften und schließlich die Zertrümmerung dieser Organisationen selber, bedrohte auch die Interessen der übrigen Arbeiter. So groß war die Widerspenstigkeit des Unternehmertums, daß von den Scharfmachern, der übrigen Industriezweige unterstützt wurde, daß sie sich weigerten, auch nur Verhandlungen mit den Arbeitervertretern durchzuführen. Woche um Woche verstrich, und wir sind der Ueberzeugung, es wären noch viele Wochen verstrichen, ohne daß ein Ergebnis erzielt worden wäre, wenn nicht die Berliner Gewerkschaftskommission den Unternehmern ein Ultimatum gestellt hätte. Entweder Verhandlungen oder Tarifvertrag oder ganz Berlin steht im Generalstreik.

Mit diesem Beschluß haben die „bewährten" Berliner Gewerkschaftsführer zum erstenmal ihre alte Taktik durchbrochen. Und der Erfolg blieb auch nicht aus. Die Unternehmer erklärten sich unter dem Drucke dieses Beschlusses zu Verhandlungen bereit. Es wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, das aus je drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertretern bestand, sowie drei Unparteiischen, zu denen der von Arbeitnehmerseite vorgeschlagene Cohen gehörte. Da nur ein solcher Schiedsspruch gültig war, der mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßt wurde, so gab die Stimme des „Arbeitervertreters" Cohen den Ausschlag. Dieser Sozialdemokrat und organisierte „Metallarbeiter", hielt es für nötig, gemeinsam mit den anwesenden Unternehmern gegen die Gewerkschaftsvertreter zu stimmen, und so kam mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit ein Schiedsspruch zustande, der im wesentlichen den Wünschen der Unternehmer nachgab. Nicht nur, daß das Hauptkampfesobjekt, der zehnprozentige Bedienungszuschlag beibehalten wurde, wenngleich er auch in Zukunft auf das gesamte Bedienungspersonal verteilt werden sollte, so wurde doch den Unternehmern das Recht der Wiedereinstellung nach freiem Ermessen eingeräumt. Wie die Unternehmer davon Gebrauch machen, das zeigt das Verlangen einiger Gastwirte, die die Wiedereinstellung ihrer Angestellten davon abhängig machen, daß sie von dem freien Verband in die gelbe Organisation übertreten. Das zeigen die Tausende von Maßregelungen, unter denen sich zahlreiche Betriebsräte befinden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission bekam nach diesem Schiedsspruch plötzlich Angst vor der eigenen Courage. Um nicht gezwungen zu sein, ihre Generalstreikdrohung in die Wirklichkeit umzusetzen, erklärte sie, daß mit der Fällung dieses Schiedsspruches die Angelegenheit erledigt sei, sie hob die Generalstreikdrohung sowie den Belieferungsstreik auf. Es war selbstverständlich, daß damit auch über den Kampf der Gastwirtsgehilfen das Urteil gesprochen war. Schweren Herzens mußten sich die mutigen Kämpfer entschließen, wieder in die Betriebe zurückzugehen. Es muß ausgesprochen werden: die Berliner Gewerkschaftskommission hat es nicht verstanden, die günstige Position, die sie sich durch ihren mutigen Beschluß errungen hatte, auszunutzen. Hätte sie gegenüber dem Schiedsspruch dieselbe Haltung eingenommen, wie gegenüber dem Verhalten des Unternehmertums, so wäre unserer Ansicht nach für die Arbeiterschaft sehr viel erreicht worden.

Nunmehr muß aus dem Kampf der Berliner Gastwirtsgehilfen die Lehre gezogen werden: im ganzen Reiche steht die Arbeiterschaft in schwerem Ringen um die Erhaltung ihrer Positionen. Das Losungswort der Gewerkschaften in allen diesen Kämpfen muß von nun an nicht mehr sein: die Beschränkung der Bewegungen auf ihren Herd, sondern die Drohung an das Unternehmertum den Kampf auszuweiten zur Vorstöße großer Arbeitermassen. Wenn das Beispiel des Berliner Gastwirtsgehilfenstreiks das bewirkt, dann wird der Kampf trotz seines unseligen Ausganges ein Erfolg der ganzen deutschen Arbeiterschaft gewesen sein.

Die Werkzeitung, ein wunderbares Beruhigungsmittel.

Ein Proletarier schreibt unserem Jenaer Parteiblatt:

Werte Redaktion!

Auf Ihre Aufforderung hin, über Neuigkeiten aus den Betrieben zu berichten, erlaube ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Firma Zeiß ist in jeder Hinsicht ein Musterbetrieb. Leider gibt es unter den Arbeitern Leute genug, die das nicht einsehen wollen. Unzufriedene Elemente und Hetzer behaupten das Gegenteil, schimpfen den ganzen Tag und reden von „Schufterei und Hundelöhnen". Ueberall müssen sie nörgeln und haben an allem etwas auszusetzen. Um diesem Uebelstand erfolgreich entgegenwirken zu können und die Arbeiter mit wahrhaft demokratischem Geiste zu erfüllen und sie zu tüchtigen, ordnungs- und vaterlandsliebenden Menschen zu erziehen, scheute die Geschäftsleitung keine Kosten und schuf eine — — — Werkzeitung. Dieselbe wird allen Geschäftsange„hörigen" kostenlos zugestellt.

In bunter Reihenfolge findet man darin, neben sinnreichen Sprüchen, deren Inhalt sich auf die markanten Worte „Bete und arbeite" zusammenfassen läßt, Artikel mit „wahrheitsgetreuen" Berichten über den Terror in Rußland. Desgleichen eine ganze Blütenlese von Schilderungen über die ungeheure Not und die finanziellen Schwierigkeiten der optischen Unternehmungen. Auch um das gesundheitliche Wohl der Arbeiter ist man ernstlich besorgt. Eingehend werden die Gefahren der durchgehenden Arbeitszeit geschildert und man hat sich bemüht, dies mit ärztlichen Gutachten, mit denen man schon im Kriege so glänzende Resultate erzielt hat, zu bekräftigen. Man vergißt auch nicht, das nationale Gefühl der Arbeiter zu heben und sie durch Artikel, wie „Mehr Liebe zum Werke!" zur Dankbarkeit zu erziehen.

Aber nicht genug damit. Großzügig, wie die Firma nun einmal ist, erhält jeder Geschäftsangehörige, wiederum vollständig kostenlos, eine künstlerische Sammelmappe und ist so in die Lage versetzt, sich auf billige Weise eine gediegene Hausbibliothek anzuschaffen. Ich persönlich benutze dieselbe äußerst fleißig. Wenn ich abends meine Kunsthonigbulle verzehrt habe, dann hole ich mir meine Zeißsche Hausbibliothek hervor und bin dann der glücklichste und zufriedenste Mensch auf Gottes Erdboden.

Wenn alle Arbeiter das gleiche tun würden, würden wir, meiner Ansicht nach, sehr bald zu geordneten Verhältnissen kommen. Die ewigen Lohnforderungen und die Unzufriedenheit der Arbeiter würden ein Ende haben und Ruhe und Bescheidenheit würden wieder zu ihrem Recht kommen.

Sollte dies möglich werden, dann trägt die Firma Zeiß durch ihre Werkzeitung einen nicht geringen Anteil daran.

Ihr ganz ergebener
Karlchen Klapsmann.

Gewerkschaftliche Notizen

Reichsbetriebsrätekongreß des DMV.
am 5. und 6. Dezember in Leipzig.

Die Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß finden am Montag, dem 14. November, von 4 bis 8 Uhr abends im „Letzten Dreier" und im „Gewerkschaftshaus" statt. Wahlberechtigt sind nur alle aktiven Betriebsräte. Die kommunistischen Betriebsräte wählen aus der Vorschlagsliste die Genossen Paul Schneidewind und Georg Haake.

Der Fraktionsvorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Halle, den 11. November 1921

Hungerdemonstration und „Volksstimme"

Pst, pst, kein Geräusch gemacht!

Die sozialdemokratische „Volksstimme", die grundsätzlich gegen das Schimpfen ist, verlegt sich in der Mittwochnummer wieder einmal auf das Lügen. Die Teuerungsdemonstration am Sonntag (von der sie bezeichnenderweise als „Arbeiter"-blatt mit wenigen Zeilen berichtete) gibt ihr Veranlassung, über die Kommunisten herzufallen und sie des „Disziplinbruches" zu zeihen. Ihr sensationell aufgemachter Artikel läßt aber, nachdem auch sie sich für die Koalition mit Stinnes entschieden hat, klar erkennen, welchen Zweck sie damit verfolgt. Ein Blinder fühlt mit dem Krückstock, daß es ihr im Angesicht von Stinnes furchtbar unangenehm war, am Sonntag den Willen der Arbeiterschaft mit zu vollziehen, nachdem es ihr geräuschlos gelungen war, die Fäden mit dem klassenbewußten Proletariat hinter sich abzuschneiden, sich zu trennen von den arbeitenden Massen, um Stinnes zu seinem „Ruhm" und seinen Milliarden zu verhelfen. Und darum auch das hysterische Aufbegehren, darum auch die Lügen über den „kommunistischen Disziplinbruch". Wir wollen auf die Hetze gegen uns nicht weiter eingehen, sondern begnügen uns damit, einige der größten Lügen und Verleumdungen richtigzustellen.

So werden dem Genossen Urban während der Verhandlung am Sonntagvormittag, nachdem sich Dölz entfernt hatte, Worte in den Mund gelegt, die er niemals gebraucht hat. Die „Volksstimme" vermag den „gewissenlosen Disziplinbruch der Kommunisten" nur durch gemeine Verdächtigungen und Lügen zu begründen. Genosse Urban hat als Vertreter der Kommunistischen Partei auf dem Roßplatz gesprochen und sich an das gehalten, was vereinbart worden war. Er hat weder am Schluß seiner Rede, noch später die Massen aufgefordert, nach dem Walhalla zu ziehen. Wenn nach Schluß der Demonstration trotzdem ein „Mann" namens Jeserich die Anwesenden aufforderte, nach dem Walhalla zu ziehen, so kann nur die „Volksstimme" hieraus einen „Disziplinbruch der Kommunistischen Partei" herleiten. Anscheinend hat die „Volksstimme" aber auch gar nichts von dem starken Unwillen der Arbeiter gemerkt, daß man sie „hintenherum" nach dem Hallmarkt führe. Und es bedurfte großer Anstrengung, die Disziplin innerhalb des Zuges zu wahren, denn — und das scheint die stinnisierte „Volksstimme" gar nicht zu wissen — daß eine Kundgebung mit Hungernden und Entrechteten und von der monarchistischen Reaktion bedrohten Arbeiterschaft kein Bitt- und Beigang zu Stinnes ist!

Der gemeinsame Aufruf der proletarischen Organisationen und die „blutigen Redensarten", die darin enthalten sein sollen, sind den verbürgerlichten Leuten in der „Volksstimme" furchtbar peinlich. Um den bürgerlichen Kreisen zu zeigen, daß die Sozialdemokratie mit den Zielen des klassenbewußten Proletariats nichts mehr zu tun hat, sondern vielmehr gewillt ist, an die Spießerfreuden über „Kommunistenschred" usw. sich zu ergötzen, rückt sie plötzlich von dem gemeinsamen Aufruf ab und schreibt:

„Notwendig ist es deshalb auch, zu erklären, daß einige der blutigen Redensarten des gemeinsamen Aufrufs erst in diesen hineingekommen sind, nachdem er den Vertretern der SPD. vorgelegen hatte. Alle solche Vorkommnisse dürfen in Zukunft nicht wieder eintreten."

Schwindel, ganz elender Schwindel. Denn es ist nicht wahr, daß „einige der blutigen Redensarten" erst in dem gemeinsamen Aufruf hineingekommen sind, nachdem er den Vertretern der SPD. vorgelegen hatte. Der Aufruf hat den Vertretern aller Parteien vorgelegen, auch den Sozialdemokraten, und zwar dem Parteisekretär Peterman, der nichts auszusetzen hatte. Lediglich auf Vorschlag des Arbeitersekretärs Wielepp wurden einige Kürzungen vorgenommen. Es wurde nichts hinzugefügt, sondern es wurden einige Sätze gestrichen! Wir wiederholen: Der gemeinsame Aufruf der proletarischen Organisationen hat auch die Zustimmung der Arbeiter aller Parteien gefunden. Für die „blutigen Redensarten" trägt also auch die SPD. die „Verantwortung". Peinlich zwar, nachdem sich die bürgerliche Presse über die „Volksstimme" so ungehalten zeigte.

Zum Schluß möchten wir noch erwähnen, daß es uns ziemlich gleichgültig ist, ob der Leutnant Fesler, der die Arbeiterschaft durch seine schneidige Reitergarde niederreiten ließ, Mitglied der SPD. ist oder nicht. Aber der „Genosse" Dölz ist es selbst gewesen, der den Leutnant Fesler als einen seiner besonnensten und ruhigsten Beamten und als ein Mitglied der SPD. bezeichnete. Wir hatten natürlich gar keine Ursache, daran zu zweifeln, noch viel weniger, weil Gustav Noske und Otto Hörsing ganz gern solche draufgängerischen Elemente zur Niederschlagung des Proletariats in den Reihen der republikanischen Schupo sehen.

Gegen den Wucher mit Lebensmitteln

Von der Polizeiverwaltung wird uns geschrieben:

Die durch wirtschaftliche Ursachen begründete Teuerungswelle hat trotz aller bestehenden Gesetze wiederum eine bedenkliche Zunahme des Wuchers in die Erscheinung treten lassen. Es ist eine offenkundige Tatsache, daß zahlreiche Erzeuger und Händler sich die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse zunutze machen, um die Preise für ihre Erzeugnisse und Waren in ungerechtfertigter Weise zu erhöhen. Es gewinnt auch den Anschein, daß manniggfache Erzeugnisse, nach denen starke Nachfrage besteht, künftlich zurückgehalten werden, um sie später mit um so größerem Nutzen verkaufen zu können. Dieses gewissenlose Treiben muß zu der schon bestehenden allgemeinen Teuerung noch weitere Preissteigerungen bringen.

Die Polizeibehörden sind daher durch Ministerialerlaß zu nachdrücklichster Bekämpfung des Preiswuchers und sonstiger wucherischer Machenschaften angewiesen worden. Die Strafverfolgungsbehörden streben auch mit allen Kräften danach, diesem Wucher Einhalt zu tun. Ein Einschreiten ist aber nur möglich in den Fällen, die bekannt werden. Das breite Publikum zeigt aber wenig Neigung, diese Bestrebungen zu unterstützen und überfällt die Bekämpfung des Wuchers fast ausschließlich den Behörden. Demgegenüber muß im Interesse der Verbraucher die Forderung nach tätiger Mitarbeit jedes einzelnen unter ihnen dringend erhoben werden. Pflicht der Allgemeinheit ist es, die Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen und jeden Fall von Wucher zur Kenntnis zu bringen. Wenn sich der Konsument vor solchen Mitteilungen scheut, um nicht als Denunziant zu gelten, so schädigt er sich selbst. Unwürdige Denunziation liegt nur vor, wenn sie lediglich der Sucht entspricht, einem anderen zu schaden. Jede wahrheitsgemäße Anzeige über unlautere Machenschaften dient der Allgemeinheit.

Wucheranzeigen können bei der Wucherstelle der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 73 und 74, aber auch auf jeder Polizeiwache erstattet werden.

Schmokereien.

Sie liquidieren selbst ihre Blamage.

Karl Radek, der Schrecken aller Spießer, hat bisher alle Spekulationen des Bürgertums auf eine kommunistische Erhebung in Deutschland arg enttäuscht. Zuletzt wieder am 7. November. Für diesen Tag hatte die gesamte bürgerliche Presse schon viele Wochen vorher angekündigt, daß Karl Radek die letzten Vorbereitungen zum Sturz der deutschen Regierung treffe, um am 7. November von Mitteldeutschland aus mit der „Roten Armee" gen Berlin zu marschieren. Die Gewaltigen in Rußland aber sind jetzt über die Kampfmethoden einer Revolution nach langen theoretischen Kämpfen übereingekommen, die gewaltsamen Erhebungen abzusagen und die Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen. Sie spekulieren mit unserer Mark und haben es nun schon fertig gebracht, daß die deutsche Mark im internationalen Zahlungsverkehr nur etwas über einen Pfennig wert ist. Sie geben darum auch den deutschen Kommunisten jetzt kein Geld mehr, da sie glauben, den russischen Rubel für die Weitertreibung der Revolution nicht besser anlegen zu können, als in der Spekulation mit der deutschen Mark.

Und darum ist auch alles das, was der armselige bürgerliche Schmok in der Stinnesschen „Allgemeinen Zeitung" in der Abendausgabe vom 8. November sich vor Verlegenheit aus seiner Feder kaut, längst veraltet. Denn der Brief, den das Exekutiv-Komitee der K. J. gez. Sinowjew, Vorsitzender, anläßlich des Jahrestages der russischen Revolution an die deutsche Partei gerichtet hatte, nicht mehr nach Berlin gelang, sondern unterwegs angehalten und gratis an die geistlosen Stinnes-Schmoks zur Verbreitung von Schauernachrichten verteilt worden.

Die deutsche Kommunistische Partei hat sich aber in seiner alten Taktik nicht behindern lassen und groben Disziplinbruch begangen. Sie hat, da sie von ihren alten Gewohnheiten nicht lassen kann und, wie der Stinnesschmok in der „Allgemeinen Zeitung" erzählt, durch

„. . . sämtliche gebrüllstarken Löwen einen ganzen Vormittag hindurch dem staunend paffenden Volke zeigen lassen, was gutwillige, geschmierte und trainierte Kehlen zu leisten vermögen, wenn ein bißchen Druck dahinter sitzt . . . und die Massen mit stumpfsinnigen Gesichtern und heiserem „Nieder!"-Gekrächze auf den Gesinnungsbummel gejagt . . . Und der Mob sang und tanzte, johlte sich müde und kommt sich souverän und wichtig vor, als er die kümmerlichen Revolutionsschilder schwang . . ."

Armer, armer Schmok, der sich im Schweiße seines Angesichts von Stinnes Gnaden so sein Brot verdienen muß. Wenn sich unser Elefant im Zoologischen Garten abmüht, die Kuhglocke in Bewegung zu setzen, so ist das immerhin durch die angeborene Intelligenz des Elefanten einigermaßen begreiflich. Aber wenn die Stinnesschen Schreibkulis sich so abmühen müssen, um den Spießern einen Schrecken enzujagen, so sind sie wirklich zu bedauern. „Was braucht die Kuh Muskate, sie frißt die ganze Woche Haferstroh!"

Wie Proletarier „wohnen".

Am Dienstag wurden vom Mieterverband in einem Lichtbildervorttag im „Volkspark" Paläste und Wohnungen unserer Ausbeuter und „Wohnungen" von Proleten gezeigt. Abgrundtiefe Gegensätze taten sich auf. Auf der einen Seite unverantwortliche Verschwendung von Raum, luxuriöse Einrichtungen bis zur letzten Raffiniertheit, und auf der anderen Seite elende und baufällige Hütten, Kasernen, in die kein Sonnenstrahl, kein Licht, keine Luft, keine Freude und kein Leben hineindringt. Bilder aus dem täglichen Leben einer von Tag zu Tag immer mehr zerfallenden Ordnung. Und überall das gleiche, in jeder Stadt dieselben Bilder, dieselbe Not und dasselbe gräßliche Elend.

In dem Hause Sängerstraße 15 wohnt ein Schwerkriegsbeschädigter mit Frau und zwei Kindern in einer Stube. In diesem Raume wird gekocht, gegessen, geschlafen usw. Die Wo[illegible]ung liegt nach dem Hof zu, wo sich ganz in der Nähe der Fenster der Abort und die Müllgrube befindet. An ein Lüften kann nicht gedacht werden, da dann mehr schlechte Luft hereinkommen als herausgehen würde. Die Feuchtigkeit in der Wohnung hat bereits im Juni ein Menschenopfer gefordert. Trotzdem von Gesundheitsamt festgestellt worden ist, daß dieser Raum als Wohnraum ungeeignet ist und trotzdem auch das Wohnungsamt dasselbe festgestellt hat, bekommt die Familie keine andere Wohnung zugewiesen. Die Feststellungen über die Unbewohnbarkeit des Raumes datieren nicht etwa erst seit gestern. Das Wohnungsamt hat bereits im April dieses Jahres eine andere Wohnung als dringlich befürwortet und das Gesundheitsamt im Juni. Jetzt haben wir November und die vier Menschen müssen noch immer in diesem Stall hausen. Seit etwa acht Tagen bemüht sich nun das Wohnungsamt, nachdem die Frau während der letzten Monate vom Wohnungsamt mit bureaukratischem Achselzucken von einer Woche zur anderen vertröstet worden war und der Mann nun selbst etwas mehr Dampf dahinter gemacht hatte, der Familie eine Wohnung zu beschaffen. In der vorigen Woche hat er bereits drei Arbeitstage versäumt und in dieser Woche wieder zwei. Aber eine Wohnung hat er auch bis heute noch nicht bekommen. Ueberall, wohin er bis jetzt geschickt wurde, war die Wohnung bereits besetzt. (Und das Wohnungsamt weiß das nicht?!) Man versucht also auch weiterhin, die im größten Elend steckende Familie an der Nase herumzuführen. Man will anscheinend auch dem Manne das Wiederkommen durch den Ausfall an Lohn verleiden. Es ist ein Skandal. Sind alle, die eine Wohnung bereits während der letzten Monate zugewiesen erhalten haben, noch bedürftiger gewesen wie diese Familie?

*

Eine Witwe mit ihren drei Kindern wurde im August dieses Jahres nach dem Asyl für Obdachlose verwiesen, da das Wohnungsamt für sie keine Wohnung beschaffen konnte. Es hieß, daß es nur für einige Tage sei. Nun sind es schon einige Monate geworden. Die Witwe hat mit ihren Kindern ein Zimmer, während sie selbst durch Erkältung von früher infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse Unterleibskrank ist und oft schwere Blutungen hat. Es ist ihr natürlich unmöglich, die notwendigen Spülungen und Waschungen vorzunehmen, da sie durch die Anwesenheit der Kinder (6 bis 11 Jahre) daran gehindert wird. Wenn das Leiden schlimmer wird, muß die Frau jedesmal aus dem Hause gehen, da eine Pflege im Asyl infolge der Hausordnung nicht möglich ist. Auch hat die Frau schon mehrmals ihre Arbeit einbüßen müssen, da um 8 Uhr abends niemand mehr hereingelassen wird und ein Schlüssel zur Haustür ihr nicht verabfolgt wird.

Alle Versuche, eine andere Wohnung zu bekommen, scheiterten an der Gleichgültigkeit, mit der das Wohnungsamt diesen sozialen Fragen gegenübersteht. Denn auch in diesem Falle handelt es sich um einen ganz unhaltbaren Zustand, dem sofort abgeholfen werden könnte, wenn nur der Wille dazu vorhanden wäre.

---

* **Ein einträgliches Geschäft!** Drei Arbeiter waren dieser Tage in der Nähe des Leipziger Turms mit Pflasterarbeiten beschäftigt. Als sie am Mittwochmorgen mit der Arbeit beginnen wollten, fanden sie die Arbeitsstelle infolge eines Wasserrohrbruches überschwemmt vor. Sie gingen deshalb wieder, um ihrem Arbeitgeber Meldung zu machen, stellten aber vorher ihr Arbeitsgerät im Grundstück der Wagenfabrik Kathe u. Sohn unter, woselbst zurzeit gerade Bauarbeiter beschäftigt waren. Als die drei Arbeiter mittags erschienen, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen, hatte der Wagenfabrikant Kathe inzwischen deren Arbeitsgerät beiseite schaffen lassen und verweigerte die Herausgabe. Erst als die Arbeiter polizeiliche Hilfe in Anspruch nahmen, bequemte sich der Herr zur Herausgabe des Arbeitsgeräts, aber erst, nachdem sie 30 Mk. Entschädigung bezahlt hatten als Einstellungsgebühr! Die Arbeiter waren gezwungen, die 30 Mk. zu berappen, andernfalls sie ihr Handwerkzeug nicht bekommen hätten. Sie haben nun eigentlich einen doppelten Schaden: vormittags konnten sie nicht arbeiten wegen des Wassers, und nachmittags infolge der Streitigkeiten mit dem Wagenfabrikanten. Wer ersetzt ihnen nun den Verlust? Letzterer sicherlich nicht; dieser wird jedenfalls nicht lange säumen, sich für die 30 Mk. eine reichliche Portion Gänsebraten zu kaufen — auf Kosten der drei Arbeiter! Angesichts solcher Unternehmerfrechheiten muß man tatsächlich die Lammesgeduld der Arbeiter bewundern. Ist der Bogen nicht schon überspannt? Hoffentlich sorgt die Gewerkschaft dafür, daß die Arbeiter wieder zu ihrem Gelde kommen.

* **Arbeiter, hütet Euch von Denunzianten!** In der Wirtschaft von Franz Stiefler, Delitzscher Straße 11a, verkehren viele Arbeiter, hauptsächlich Transportarbeiter. Der Wirt nimmt aber auf die Arbeiterkundschaft wenig Rücksicht, sondern scheint jederzeit bereit zu sein, die bei ihm verkehrenden Genossen der Polizei zu denunzieren. Ein Genosse teilt uns mit, daß er vor einiger Zeit in dem Restaurant den Arbeitern Broschüren angeboten hat. Am Sonntag vor acht Tagen traf Herr Stiefler unseren Genossen, mit dem er einen kleinen persönlichen Streit hatte, auf der Straße und wollte sich rächen, indem er ihm Vorhaltungen über den Verkauf der Broschüren machte. Ein vorbeikommender Sipo blieb stehen und hörte zu, als der Wirt zu unserem Genossen sagte: „Ich werde Sie schon dort hindringen, wo Sie hingehören. Sie wissen doch, mit Ihren kommunistischen Schriften, die sie verkauft haben." Die Arbeiter werden sich diesen und andere Fälle merken und ein Lokal meiden, dessen Wirt ein Interesse daran hat, revolutionäre Arbeiter wegen ihrer Gesinnung hinter Schloß und Riegel zu bringen.

* **Eine antirepublikanische Versicherungsgesellschaft.** Ein Angestellter schreibt uns: „Als ich am Revolutionstage, auf Grund des Aufrufs des Gewerkschaftskartells, bei meiner Direktion (Adana, Verf.-Ges.) von 3 Uhr an um Urlaub ersuchte, um an der Kundgebung teilnehmen zu können, wurde mir dies kurzerhand verweigert. Auch auf meinen Vorschlag hin, daß die betreffende Stunde von meinem Gehalt in Abzug gebracht werden sollte, wurde mir einfach kurz und bündig mitgeteilt, daß der 9. November kein gesetzlicher Feiertag sei und ich von meinem Vorhaben absehen müßte. Ich hätte nun einfach den Betrieb verlassen können, ohne mich um die Direktion zu kümmern, aber ich habe es aus verschiedenen Gründen nicht getan. Wahrscheinlich hätte mich die Direktion entlassen, aber das war nicht der Grund, sondern, es ist notwendig, daß in diesen reaktionären Betrieben klassenbewußte Arbeiter ihre Pflicht tun. Wenn hier allerdings ein Betriebsrat in Frage käme, der den Angestellten in derartigen Vorkommnissen zur Seite stünde, wäre es weit besser. Aber der Betriebsrat Eichstädt erklärte mir selbst auf meine Beschwerde hin, daß er hier nichts tun könne. Ich möchte nur noch auf eins hinweisen: Als vor einem Jahre Sipobeamte beordigt wurden, gab die Direktion bekannt, daß diejenigen, welche sich an der Beerdigung beteiligen wollten, Urlaub bekommen würden. Heute, wo Arbeiter für die Republik demonstrieren, verweigert man den Urlaub.

* **Weihnachtspostpakete ins Ausland.** Postamtlich wird bekanntgegeben: Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach den überseeischen Ländern, mit denen ein Paketverkehr zurzeit möglich ist, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Aushändigung dieser Sendungen an die Empfänger gesichert ist. Postpakete gehen nach fremden Ländern im November von Hamburg: nach den Vereinigten Staaten am 5., 8., 10., 12., 17., 19., 22., 23. und 24., Aegypten am 10., Argentinien und Bolivien am 10., 15., 29. und 30., nach Chile am 4., nach Columbien und Costa Rica am 4. und 18., nach Equador am 4., nach Griechenland am 5., nach Großbritannien am 3., 5., 8., 10., 12., 15., 17., 19., 22., 24., 26. und 29., nach Guatemala und Haiti am 18., nach Madeira am 12. und 25., nach Mexiko am 10. und 25., nach Nicaragua und den Niederländischen Antillen am 4. und 18., nach Niederländisch-Indien am 16., nach Paraguay am 10., 25., 29. und 30., nach Peru am 4., nach Portugal am 10., 20. und 30., nach San Salvador am 4. und 18., nach Spanien am 23., nach Uruguay am 10., 29. und 30., nach Venezuela am 18., nach Finnland gehen sie von Lübeck am 5., 12., 19. und 26.

* **Der Elternabend der Kommunistischen Kindergruppe** findet heute abend 6½ Uhr im großen „Volkspark" Saale statt. Näheres ist im Inseratenteil ersichtlich. Karten sind noch an der Abendkasse zu haben. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint mit Euren Kindern in Massen zu dieser Veranstaltung.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7½ Uhr, gelangt zum Gedächtnis für Ludwig Thoma das Volksstück „Magdalena" zur Aufführung. Sonnabend, Gastspiel des Kammersängers Eduard Habich von der Berliner Staatsoper, „Der Barbier von Sevilla", Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen, „Zwangseinquartierung", Schwank von Arnold und Bach. Sonntag abend zum ersten Male „Schönheit und Tugend" (una cosa rara), Singspiel von Vincenzo Martin.

* **Thalia-Theater.** Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr das Lustspiel „Im weißen Röß'l" zur Aufführung. Eintrittskarten an der Kasse des Stadttheaters.

* **Violinkonzert.** Philipp Braun-Pfendel gibt am Freitag, dem 11. November, in der Türmeloge (Albrechtstraße) einen Konzertabend. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Zum Nachdenken.

Wer zur Genossenschaft geht, seine Lebensbedürfnisse und sonstige Bedarfsgüter darin deckt, ihr Spargelder zur Verfügung stellt, der **fördert den Aufbau der Gemeinwirtschaft!**

Wer seine Kaufkraft zum Privathändler trägt, seine Spargroschen dem kapitalistischen Unternehmen leiht, der stärkt die Kapitalwirtschaft!

Bedenke, wohin er führt, bevor Du Deinen Weg gehst.

Werde sofort Mitglied des

Allgemeinen Konsum-Vereins für Halle und Umgegend.

Sämtl. 34 Verkaufsstellen nehmen Anmeldungen entgegen. Umsatz 1920/21: 20 Millionen. Mitgliederzahl: 17000.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0006

Aus der Provinz

Der Wucher auf dem Kartoffelmarkt

Die Zustände auf dem Kartoffelmarkt spotten aller Beschreibung. Fast nirgends gibt es Kartoffeln, und wenn schon hier und da noch welche zu haben sind, sind sie so teuer, daß sie nur derjenige bezahlen kann, der über einen großen Geldsack verfügt. Wie lange die Bevölkerung sich diese skandalösen Zustände noch gefallen läßt, ist höchst ungewiß. Der Oberpräsident Hörsing sieht bereits Unruhen und Gewaltmaßnahmen der Bevölkerung kommen und bedrohlich die Schupo, ob sie marschbereit ist. Die Regierung hat auch bereits etwas getan: sie hatte die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister zu einer Konferenz nach Oldenburg eingeladen, um über die Kartoffelversorgung und die Preisentwicklung auf dem Kartoffelmarkt zu beraten. Dort wurden, wie WTB. meldet, folgende Maßnahmen beschlossen:

Mit allen Mitteln muß eine Besserung der Wagenstellung für die östlichen Ueberschußgebiete angestrebt werden, um das Angebot zu steigern und hierdurch die Preisbildung günstig zu beeinflussen. Jede Ausfuhr ist zu verhindern. Die Verarbeitung von Speisekartoffeln in Stärkefabriken, Trocknereien und Brennereien ist möglichst (!) zu verhindern. Dem wilden Ankauf soll dadurch begegnet werden, daß die Landesregierungen durch Verordnung zu ermächtigen sind, den Ankauf von Kartoffeln von der Erlaubnis einer von der Landesregierung zu bestimmenden Behörde des Verkaufsgebietes abhängig zu machen, und daß die Eisenbahn zu ersuchen ist, nur solche Sendungen zu befördern, welche von den Aufkäufern aufgegeben werden, die sich im Besitz eines Erlaubnisscheines befinden.

In Fällen, wo von Landwirten oder Händlern der Preis in einer Weise gesteigert wird, der den Gestehungskosten und der Marktlage in keiner Weise entspricht, soll von den Vorschriften der Verordnung gegen die Preistreiberei vom 8. Mai 1919, sowie des Gesetzes über die Verschärfung der Strafen wegen Schleichhandels, Preistreiberei und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vom 18. Dezember 1920 nachdrücklichst Gebrauch gemacht werden. Die Länder sollen die Strafverfolgungsbehörden in diesem Sinne anweisen.

Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es durch diese Maßnahmen gelingen werde, noch vor Eintritt des Frostes eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Sollte diese Erwartung sich nicht erfüllen und dringende Notstände eintreten, so ist die Mehrheit der Konferenz der Ansicht, daß vom Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Bestandaufnahme zur Vorbereitung weiterer gesetzlicher Maßnahmen für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung anzuordnen sei. Bei Eintritt solcher Notstände sollen die Ernährungsminister aller Länder zu einer neuen Konferenz zusammentreten, um über die Durchführung der in Betracht kommenden Maßnahmen zu beraten.

Diese Maßnahmen sind die offene Bankrotterklärung der freien Wirtschaft. Viel zu lange hat man die Dinge laufen lassen. Viel zu spät sucht man jetzt einzugreifen und zu retten, was noch zu retten ist. Und wie früher mit moralischen Ermahnungen, so sucht man jetzt mit halben Maßnahmen die Gefahr zu bannen. Es ist und bleibt ein ungehörter Skandal, daß man zum Transport der Nahrungsmittel nicht genug Waggons zur Verfügung stellte, während ganze Züge mit Schieberware an die Grenzen rollen.

Völlig ungenügend ist das Versprechen, möglichst zu verhindern, daß Kartoffeln nicht in die Spiritusbrennereien wandern. Die Schnapsbrenner werden sich den Teufel um Versprechen der Regierungen kümmern und wie im Vorjahre die Kartoffeln dem Ernährungsmarkt entziehen, wenn sie dabei mit einem guten Verdienst sich ihre Taschen füllen können. Nur ein Brennverbot wird die Kartoffeln für die Ernährung sichern.

Auch wie man den wilden Aufkauf, der bisher sein übriges dazu tat, die Anarchie auf dem Kartoffelmarkt zu vergrößern, unterbinden will, ist nur eine Halbheit. Es genügt nicht allein, daß nur behördlich beglaubigte Personen den Großaufkauf tätigen dürfen, sondern der Aufkäufer muß auch seine Lieferstelle beim Kauf angeben. Erst dann wird man halbwegs eine Garantie dafür haben, daß die aufgekauften Kartoffeln nicht verschoben werden.

Die Eisenbahnen sollen angewiesen werden, nur solche Kartoffeltransporte zu befördern, die von einem beglaubigten Aufkäufer bei der Bahn bestellt werden. Die jetzige Kontrolle auf der Bahn gibt der Bevölkerung durchaus nicht die Garantie, daß keine Durchstechereien vorkommen. Sollen die Geschäfte an der Bahn auf ihre Sauberkeit geprüft werden, dann müssen die Eisenbahnbetriebsräte ein mit allen Vollmachten ausgestattetes Kontrollrecht bekommen.

Wie die Katze um den heißen Brei aber hat man sich auf der Konferenz um die Regelung der Preisfrage gedrückt. Es heißt zwar in dem Wolff-Bericht: wo der Preis nicht den Gestehungskosten und der Marktlage entspricht, sollen die Strafbehörden zum Einschreiten veranlaßt werden. Damit erweckt man nur Illusionen, niemals aber erreicht man dadurch eine wirksame Bekämpfung des Wuchers.

Die Bezirks-Preisprüfungsstelle für die Provinz Sachsen hat in den letzten Tagen einen Kleinhandelspreis von 80 bis 90 Mk. pro Zentner Kartoffeln festgesetzt. Das ist unseres Erachtens viel zu hoch. Trotzdem sind Kartoffeln zu diesem Preise nicht zu haben. Die Kartoffeln kosten jetzt allgemein 120 bis 150 Mk. Das ist nackter Wucher! Warum wird da nicht eingeschritten?

Das Wort „Marktlage" macht von vornherein jeden Wucher gesetzlich. Wenn die Kartoffeln weiter wie bisher zurückgehalten werden, wenn man also eine künstliche Kartoffelknappheit schafft, dann wäre jede Preissteigerung möglich. Dann haben die Großhändler und Agrarier die Möglichkeit, die Bevölkerung aufs schändlichste auszuplündern mit der Begründung der Marktlage.

Kann die Bevölkerung noch schlimmere Zustände ertragen? Nein! Es sei denn, sie nähme es auf sich, mit Geduld zu hungern, zu verhungern!

Die Arbeiterschaft kann sich nur selbst helfen. Sie muß in breiter Front aufmarschieren. Unter Zuhilfenahme der Genossenschaften, der Gewerkschaften, der Kommunen, muß sie gegen den Kartoffelwucher ankämpfen und die Kartoffelversorgung sicherstellen.

Der Streit um die Bezirkseisenbahnräte.

Die im Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt vereinigten Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern der Provinz Sachsen nahmen in ihrer letzten Versammlung unter anderen auch Stellung zu dem Entwurf einer Verordnung über die Beiräte für die Reichseisenbahn. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Kammern können eine Bedürfnis für die Schaffung eines neuen Bezirkseisenbahnrates an Stelle der für ihre Bezirke bisher zuständigen Bezirkseisenbahnräte Magdeburg, Erfurt, Halle nur dann anerkennen, wenn dabei die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der Provinz Sachsen, Anhalts und Thüringens unter allen Umständen gewahrt bleibt. Der Plan der Errichtung eines Bezirkseisenbahnrates für den Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg einerseits, für die Eisenbahndirektionsbezirk Halle, Erfurt, Generaldirektion Dresden anderseits, muß abgelehnt werden, weil nach diesem Plane wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete auseinandergerissen, wirtschaftlich sich fernstehende für den Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg einerseits und die Eisenbahndirektionsbezirke Halle, Erfurt und Gebiete zusammengelegt, und in dem Bezirkseisenbahnrate Dresden andererseits nach Gebietsumfang, Aufgabenkreis und Bedeutung außerordentlich verschiedene Körperschaften nebeneinandergestellt worden. Wenn ein Bezirkseisenbahnrat gebildet wird, der die wirtschaftlich zusammengehörigen Gebiete Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen umfaßt, so soll dieser Bezirkseisenbahnrat in der Provinz Sachsen seinen Sitz haben. Der Sitz in Leipzig ist abzulehnen."

Wie dieser Krieg noch enden wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Vielleicht ein Hornberger Schießen!

Moderne Hamster

Heute geht man nicht mehr zum Bauer, um Eier, Speck, Butter, Kartoffeln und Körner zu hamstern, wie es während der Kriegszeit üblich war, wo ein „Volksgenosse" vom Tisch des anderen um so mehr wegnahm, je größer sein Geldbeutel war, sondern heute wird die Hamsterei im Großen betrieben. Das ist so eine Wirkung der freien Wirtschaft, der freien Betätigung kapitalistischer Anarchie und Spekulation, wie wir sie schon vor dem Kriege kannten. Aber heute, in einem vollständig zusammengebrochenen Staatswesen mit einer immer größeren und tiefer ins Elend gesunkenen Proletarierschar, wird dieses „freie Spiel der Kräfte" zur Katastrophe werden für die Volksernährung. Denn heute hamstert nicht mehr der einzelne für seinen Haushalt, sondern **der Wucherer und Schieber hamstert zu dem Zwecke, das Volk auszubeuten und aus der Not des Volkes Riesengewinne zu machen.** Ganz Deutschland ist eine einzige Wucherhöhle. Die Bauern halten die Kartoffeln zurück. (Allerdings nicht alle, denn der Kleinbauer hat seine geringe Ernte zum Teil schon verkauft.) Der Großhändler kauft alles zusammen, um nach seinen Berechnungen die Waren freizugeben, wenn durch den Mangel die Preise in die Höhe getrieben worden sind. Und auch die Händler halten schließlich mit ihren geringen Vorräten zurück, um auf kommende Preissteigerungen zu spekulieren. Und der letzte, der die Entbehrungen Lasten und Kosten trägt, das ist der Verbraucher. Und wieder von denen trägt der Aermste am schwersten. So sieht die sittliche Grundlage unserer Gesellschaftsordnung aus, von der die ganz gerissenen Gauner sagen, sie sei von Gott gewollt. Und die Sozialdemokraten haben drei Jahre „Revolutionsarbeit" daran gewandt, um diese Ordnung wieder aufzubauen. Das Volk wird die modernen Hamster, die Wucherer und Schieber, mit Skorpionen züchtigen müssen, wenn es nicht von diesen Parasiten ausgesogen werden will.

An die Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend, Bezirk Halle-Merseburg

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß am nächsten Sonntag, dem 13. November, in folgenden Unterbezirken Kurse für sämtliche Funktionäre und interessierte Mitglieder für unsere Gruppen veranstaltet werden:

Unterbezirk Merseburg: In Merseburg: Der Kursus findet im Restaurant „Zur Hoffschenke" (Karlstraße) statt.

Unterbezirk Sangerhausen: In Artern a. d. Unstrut: Alle ankommenden Genossen melden sich bei Paul Pfeiffer, Mühlwerderstraße 6.

Unterbezirk Mansfeld: In Amsdorf: Gasthof „Zur Eiche".

Unterbezirk Bitterfeld: In Bitterfeld: Gasthof „Zum Bürgergarten".

Für die Unterbezirke Saalkreis, Weißenfels, Wittenberg und Torgau-Liebenwerda wird Näheres in der nächsten Woche bekanntgegeben. Der Stundenplan für alle Kurse ist folgender (Anfang pünktlich um 9 Uhr): 9 bis ½11 Uhr: Geschichte der Jugendbewegung. 11 bis 12 Uhr: Agitationsfragen: Hausagitation, Straßenagitation, Mädchenpropaganda. Wie baue ich einen Vortrag auf. 1 bis ½3 Uhr: Organisationsfragen, Zehnerschaften. ½3 bis 6 Uhr: Unsere Aufgaben nach dem 6. Reichskongreß: 1. Jugend und Partei; 2. Wirtschaftlicher Kampf und Gewerkschaften (Aktionen); 3. Landagitation; 4. Bildungsarbeit; 5. Kindergruppen.

Wie aus dem Stundenplan zu ersehen ist, müssen sich die Kursusteilnehmer unbedingt für den ganzen Tag frei machen.

Genossinnen und Genossen! Wer den ehrlichen Willen hat, etwas zu lernen, um es später im Interesse der Jugendbewegung verwenden zu können, dem bietet sich hier Gelegenheit dazu. Um möglichst vielen den Besuch dieses wichtigen Kursus zu ermöglichen, ist die Delegiertenzahl der einzelnen Ortsgruppen nicht festgelegt worden. Wir erwarten, daß außer unseren sämtlichen Funktionären, für welche der Besuch eine Pflicht ist, auch noch zahlreiche Mitglieder erscheinen werden.

Die Bezirksleitung der KJ.

Sangerhausen

Für Sowjet-Rußland und die „Rote Hilfe"

sind bei der Unterbezirksleitung folgende Beträge eingegangen: „Rote Hilfe": Ortsgruppe Obersdorf 257,05 Mk.; öffentliche Versammlung Ortsgruppe Bornstedt 50 Mk.; Radsahrerverein Bornstedt 300 Mk.; Freiburg, durch Genossen Tiersch gesammelt 106 Mk.; Artern, öffentliche Versammlung 81 Mk.; Grillenberg, auf Sammelliste 103 Mk.; Bornstedt, gesammelt durch Genossen Thorhauer 83 Mk.; Gewerkschaftskartell Artern 200 Mk.; Voigtstedt, Arbeiterturnverein 56,50 Mk.

Russenhilfe: durch Marken: Sangerhausen, Formerei Aktien-Maschinenfabrik 515 Mk.; Sangerhausen, Städtische Gaswerke 130 Mk.; Sangerhausen, Genosse Jordan 30 Mk.; Ortsgruppe Kistedt, Versammlung gesammelt 25 Mk.

Sangerhausen.

Die Beamten werden munter! Dieser Tage hatte das Beamten-Ortskartell eine Versammlung veranstaltet, in der eine Entschließung einstimmig gefaßt wurde, in der die Beamtenschaft Sangerhausens mit aller Entschiedenheit gegen die Einstufung in Ortsklasse D protestiert.

Bitterfeld-Wittenberg

Brehna

Erfreuliche Solidarität! Für die „Rote Hilfe" sind bis jetzt hier 1462 Mk., für die Rußlandhilfe 1647 Mk. sowie 23½ Pfund Bohnen und Erbsen gesammelt worden. Außerdem haben die Genossen, da sie meist auswärts arbeiten, erheblich in die dort ausgelegten Gewerkschaftslisten gezeichnet. Es muß auch vermerkt werden, daß zur Rußlandhilfe anerkennenswerter Weise auch ein Teil Bürgerliche mit gezeichnet haben, hingegen aber, leider sei es gesagt, verschiedene Arbeiter es abgelehnt haben. Beschlossen wurde u. a. am 1. Weihnachtsfeiertage eine Partei-Familienfeier mit Bescherung der Kinder, zu veranstalten. Weitere Spenden zur Rußlandhilfe in Lebensmitteln nimmt Genosse Donner entgegen.

Der „Klassenkampf"

Das Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands

für

Wittenberg-Schweinitz und Torgau-Liebenwerda

erscheint

am 15. November 1921.

Annahmestellen

für Abonnenten und Inserate

befinden sich in:

Wittenberg: O. Meusel, Zigarrenhandlung, Juristenstraße 11.
Zahna: A. Lehmann, Fahrradhandlung, Wittenberger Straße.
Annaburg: Konsumverein.
Bad Schmiedeberg: Kotzbau, Kolonialwarenhandlung, Schmiedeberger Straße.

Arbeiter! Lest den „Klassenkampf"!

Politisch

Aus der Partei. Die am 3. d. M. stattgefundene Mitgliederversammlung konnte besser besucht sein. Namentlich war Zichernitz schwach vertreten. Oder glauben die Genossen dort, sich das versprochene Pachtland zu verscherzen, wenn sie sich offen zu unserer Sache bekennen? Genosse Donner erörterte den organisatorischen Ausbau und wurde daraufhin das Zehnergruppensystem eingeführt. Desgleichen wurde angeregt, sich mehr als bisher zu betätigen in der Werbung für die Partei und die Presse sowie bei Sammlungen. Es wurde beschlossen, von jetzt an mehr Versammlungen abzuhalten, damit ein reger Geist in das Parteileben einzieht.

Pratau

Eigenartige Erziehungsmethoden wendet unser „Lieber" Pastor Dr. Wotschke an, um die ihm anvertrauten Kinder zu Christenmenschen zu machen. So wird uns berichtet, daß er am Sonnabend im Konfirmandenunterricht fleißig den Stock geschwungen hat, um seine „Schäfchen" gefügig zu machen. Die Kinder sollen angeblich gelacht haben. Ist denn der Nazarener auch mit dem Stock umhergerannt, um damit die Kinder für sich zu gewinnen? Wenn man weiter keinen Rat weiß als Erzieher, dann soll man einpacken. Statt dessen meinte der Herr Pastor zu den Kindern, als der eine Stock nicht mehr ausreichte, er wolle sich einen anderen besorgen! Na denn zu; wir wollen aber dafür sorgen, daß auch das letzte Arbeiterkind dem Konfirmandenunterricht fernbleibt. Arbeiter von Pratau, seht Ihr denn immer noch nicht, was dieser reaktionäre Herr — der sich öffentlich zur Deutschnationalen Volkspartei bekennt — aus Euren Kindern machen will? Entfernt Eure Kinder zu gegebener Zeit aus dem Religionsunterricht. Gebt diesem Herrn, der sich anscheinend über die stets leere Kirche ärgert, die richtige Antwort. Heraus aus der Kirche! Laßt die Pastoren und die Scheinheiligen unter sich, dann werden die Herrschaften am besten kuriert, d. h. wenn sie nicht ganz vernagelt sind. Fast fürchten wir das letztere.

Rußlandhilfe. Die Erkenntnis, Rußland zu helfen, bricht sich überall Bahn. Der hiesige Turnverein beschloß in einer besonderen Versammlung auf Antrag unserer Genossen, 200 Mark für Rußland zu stiften. Zu bemerken ist, daß sich der Turnverein in sehr schlechter Finanzlage befindet. Genossen, Mitglieder der übrigen bestehenden Vereine, sorgt dafür, daß alle Vereine ihr Scherflein für unsere russischen Brüder geben. — In der am 1. November stattgefundenen Volksversammlung wurden für Sowjet-Rußland 42 Mark gesammelt.

Torgau-Liebenwerda

Torgau

Erhöhung der elektrischen Strompreise. Der Magistrat macht bekannt: Die Erhöhung der Kohlenpreise sowie Lohn-, Gehalts- und allgemeine Betriebskostensteigerungen machten eine Neufestsetzung der Verkaufspreise für elektrischen Strom erforderlich. Es werden mit Wirkung vom 1. November 1921 an erhöht: Lichtstrom auf 3,40 Mk. die Kilowattstunde, Kraftstrom auf 2 Mk. die Kilowattstunde.

Großtreben

Aufklärungsarbeit tut auch hier noch sehr not. Das beweist die am 5. November stattgefundene öffentliche Volksversammlung, die von der KPD. einberufen worden war und in der Genosse Gustav Schmidt aus Falkenberg über die politische Lage und die neuen Steuern referierte. Aufmerksam hörten die Anwesenden den Ausführungen des Redners zu, der es auch verstand, allen begreiflich zu machen, was die jetzige Situation von uns erfordert. Diskussion fand keine statt, so daß Genosse Schmidt in seinem Schlußwort einige aufklärende Worte an die Arbeiter richten konnte. Die Zeit erfordert von jedem Arbeiter, daß er auf dem Posten ist. Das ist vielfach nicht der Fall. Selbst Parteigenossen betrachten es nicht als ihre Pflicht, in die Versammlung zu gehen. Ein Teil der Arbeiter schläft direkt oder befindet sich im bürgerlichen Lager. Das muß anders werden. An unseren Genossen ist es, überall, auf den Bau- und sonstigen Arbeitsstätten, fleißig zu agitieren und die noch fernstehenden Arbeiter aufzuklären und dafür zu sorgen, daß sie in die Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft eintreten. Die Aufgabe ist nicht leicht, aber sie muß bewältigt werden. Die Mühe lohnt sich wirklich, denn es geht um nichts weniger, denn um die Schaffung der Einheitsfront, es geht um die Befreiung des Proletariats aus den Klauen des Kapitalismus. Auf zur Arbeit!

Mansfeld

Eisleben

Es wird weiter geschnüffelt! Wiederholt kommt es vor, daß zur Nachtzeit einige in Zivil gekleidete Personen die Wohnungen von Genossen auskundschaften und insbesondere wird die Wohnung des Genossen Maurer unsichtbar, um zu erspähen, ob dort nicht irgendeine Geheimsitzung oder eine Zusammenkunft einer „Spartakistenbande" stattfindet. Es ist bereits geäußert worden: „Hier wohnt Maurer, den müssen wir uns zuerst kaufen!" Vor Ankauf wird gewarnt! Die Herrschaften mögen sich erst einmal reiflich überlegen, ob sie ihre Absichten durchführen wollen oder nicht. Wie heißt es doch: Wer andern eine Grube gräbt . . .! Eine Frage noch: Sind Kommunisten nicht auch Menschen?

Kreisfeld

Einen guten Magen hat die Kirche schon stets gehabt. Aber auch die Diener Gottes stehen ihr in nichts nach. Das zeigte sich wieder an einem Fall, in dem der Maurer Faulwasser in Holle um eine Auskunft in Sachen seiner Vorfahren von der Kirchenbehörde in Kreisfeld ersuchte. Dieser Tage erhielt er die gewünschte Auskunft unter Nachnahme zugestellt mit folgender Rechnung: Suchgebühren: (Auszüge aus dem Kirchenregister) 20 Mk., Porto 60 Pf., Nachnahme 50 Pf., insgesamt 21,10 Mk. Wenn für jede Auskunft 20 Mk. verlangt werden, dann verstehen wir nicht, warum die Kirche nicht schon längst Auskunftsbureaus eröffnet hat. Das wäre doch sicherlich ein erträgliches Geschäft! Die 20 Mk. sind einem armen Arbeiter abgeknöpft worden. Was mag man erst von einem Kapitalisten verlangen?

Amsdorf

Landarbeiter, aufgepaßt! Zur Ergänzung unseres Berichtes in Nr. 259 des „Klassenkampf" vom 4. November über die Verwaltung des hiesigen Gutes der A. Riebeckschen Montanwerke haben wir noch folgendes zu berichten: Den landwirtschaftlichen Arbeitern stehen laut Tarif verschiedene Naturalien als sogenanntes Deputat zu, unter anderem gute Speisekartoffeln. Nun ist es ja gesetzlich, daß bei Entlassungen jeder Restlohn sofort auszuzahlen ist; das Deputat ist auch Lohn, aber dieses scheint der Herr Baron von Stackelberg (wir bitten übrigens um Entschuldigung, daß wir in unserer letzten Notiz den „Baron" vergessen hatten, werden es um so öfter nachholen) nicht zu wissen, denn die entlassenen Frauen und ein Arbeiter haben die Kartoffeln bis heute nicht erhalten. Vor einigen Tagen sollten sich die Leute die Speisekartoffeln abholen aber statt solcher wurden ihnen Schweine-, also Futterkartoffeln, angeboten; für die Arbeiter sind sie ja gut, denn die Speisekartoffeln stehen in hohem Preise. Herr Baron, essen Sie mit Ihrer hochgeborenen Frau Gemahlin gleichfalls Schweinekartoffeln? Sicher nicht, selbst wenn sie mit guten „gemischt" wären, wie es angeblich hier der Fall sein sollte. Also Landarbeiter, Ihr seht auch daran, daß es immer wieder Eure Schuld ist, wenn man so mit Euresgleichen umspringt. Warum organisiert Ihr Euch nicht? Seid vorsichtig bei der Wahl Eures Betriebsrates und folgt vor allem dem Beispiel einiger Kollegen von Euch und bestellt sofort die einzige Zeitung, welche Eure Interessen richtig vertritt, den „Klassenkampf".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen: Fritz Krob; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0007

Leben – Wissen – Kunst

Der alte Perdrix.

6] Roman von Charles Louis Philippe.

Aber der Alte erzählte später:

„Es ist mir sehr schwer geworden, mich an diese Dinge zu gewöhnen. Ich hatte zuerst Lust, mich aufzuhängen. Ich sagte mir: Das ist besser als das Elend durchzumachen. Aber wegen meiner Kinder ließ ich's. Die Welt ist doch so dämlich! Man hätte gesagt: „Du bleibst immer der Sohn eines Gehenkten!"

Man schrieb sie in die Listen der Armenverwaltung ein. Das ist schon ein Anfang. Jeden Sonnabend bekamen sie ein Zehnpfundbrot, brauchten keine Steuern zu zahlen, wurden bei den öffentlichen Verteilungen bedacht: am vierzehnten Juli fünf Franken, am Martinstag fünfzehn Franken zur Miete, und zu Beginn des Winters erhielten sie das Anrecht auf einen Klafter Holz. Außerdem nahm man sich der Mutter Perdrix an, weil sie früher Dienstmädchen gewesen war. Und dann gab man ihr sofort Arbeit, weil man wußte, daß sie tüchtig war.

Bei Roux, dem Bäcker, dessen Frau zum Bedienen der Kunden und zum Bewachen des Ladentisches viel in Anspruch genommen wurde, trat sie als Aufwärterin ein. Alle Morgen, um neun Uhr, ging sie hinunter, um die Betten zu machen, das Zimmer auszukehren und Staub zu wischen; um 11 Uhr ging sie nach Hause und hatte fünf Sous verdient. Sie war etwas zu lebhaft, faßte die Sachen allzu derb an, und man verwandte sie im Grunde nur, um ihr einen Dienst zu erweisen, denn sie ging wirklich nicht sehr zart mit den Möbeln um.

Alle Sonnabend nachmittag ließ eine alte verwitwete Dame, Frau Delphine, ihr Haus gründlich reinigen, und da das Dienstmädchen das nicht allein besorgen konnte, nahm sie die Mutter Perdrix zu Hilfe. Damit verdiente sie fünfzehn Sous. Das war eine gute Stelle: die Alte bekam immer ihr Glas Wein, man zwang sie, Sauerampfer und Obst mitzunehmen, oder wenn es die Jahreszeit dafür war, sagte Frau Delphine: „Nun, Mutter Perdrix, gehen Sie in den Garten und pflücken Sie sich Bohnen."

Mitunter nahm man sie zur Wäsche, aber das war wegen ihrer Aufwartestelle bei Roux nicht bequem, und man konnte sie nur auf einen halben Tag bekommen.

Sie hatte viel Glück: denn gerade in jener Zeit wurde Roux' Schwiegermutter halb wahnsinnig. Die alte Turland hatte zwei Häuser, und da sie ihren beiden Mietern gekündigt hatte, fand sie niemand, der bei ihr wohnen wollte, und so behielt sie zwei Wohnungen leer. Das beschäftigte sie lange Zeit hindurch und quälte sie derartig, daß sie keinen andern Gedanken fassen konnte. Sie wurde dadurch wie irr. In der ersten Zeit sagte sie zu ihrer Tochter: „Ich bin verloren, ja, ja!" Später war, man weiß nicht wie, vielleicht infolge einer Erinnerung an etwas Gelesenes, irgendeine Geschichte vom Labyrinth, ein Bild in ihrem Hirn entstanden und verwirrte ihr Denken. Sie stand auf, ging hin und her, gestikulierte und schrie dabei: „Ich bin in Labyringue! Ich bin in Labyringue!" Man versuchte alles, redete ihr gut zu, dann entschloß man sich, sie bewachen zu lassen. Am Tage blieb sie in dem Zimmer bei ihren Kindern, wo immer Menschen aus- und eingingen, des Nachts aber konnte man sie sich nicht allein überlassen. So nahm man denn Mutter Perdrix zu diesem Dienst. Allabendlich um acht Uhr ging sie dorthin, brachte die Alte zu Bett und legte sich selbst dann in das danebenstehende Bett. Die ganze Nacht über mußte Licht brennen. Mitunter richtete sich die alte Turland in ihrem Bett auf, streckte ihre Hände aus, faßte im leeren Raum umher und stöhnte: „Ich bin in Labyringue! Ich bin in Labyringue! Ach, mein Gott, ich bin in Labyringue!"

Die Mutter Perdrix sagte:

„Nicht doch, Frau Turland, nicht doch! Sehen Sie nur, das ist ja Ihr Zimmer! Sie müssen mich doch kennen, ich bin ja die alte Perdrix. Kommen Sie, legen Sie sich wieder hin!"

Aber mitunter dauerte das alles lange, und es fanden mehrere solcher Szenen in der Nacht statt. Aber schließlich verdiente die Mutter Perdrix hierdurch ihr Zwanzigsousstück.

*

Um zwölf Uhr aßen die Alte und der Alte Mittagbrot. Wenn es nicht Kartoffeln gab, so waren es Bohnen. Beide tranken sie Wasser aus ihrem Becher. Es waren zwei weiße Becher mit blauen Verzierungen: auf dem des Alten stand in roten Buchstaben der Name „Suzanne" und auf dem der Alten der Name „Louise". Sie aßen sehr schnell mit klobigen eisernen Messern, die große Stücken Brot zerschnitten, aber nur kleine Bissen Käse. Und rasch, ganz rasch nahm die Alte wieder einen Korb, setzte sich ihren alten, gelben, schon ganz verbogenen Hut auf und ging aufs Feld, um dort Löwenzahn und Kresse zu suchen. Sie lernte gar schnell die Wiesen, die Quellen, die Bächlein und die Abhänge kennen. Sie öffnete die Gattertore, sprang über Zäune, kletterte über Hecken und zerriß ihre Röcke dabei an den Dornen. Eilig ging sie vorwärts, bückte sich und stach den Löwenzahn so schnell, daß die Erde an ihren Fingern haften blieb. So bekam sie schlechte, rauhe Hände, die die graue Farbe der Felder annahmen und deren Form ungeschickt wie Erdklumpen wurde. Ihre Jacke und ihr Rock färbten sich gelb, und sahen schließlich so aus, daß man die Alte auf ihren Wegen nicht von der Herbstluft unterscheiden konnte. Das war eine Hundearbeit, bei der sie lange gebückt bleiben mußte und von der sie atemlos gegen drei Uhr nach Hause zurückkehrte. Sie schüttete alles ins Wasser, setzte sich hin und las den Löwenzahn oder die Kresse heraus. Am nächsten Morgen trug sie ihre Ware zwischen sieben und acht Uhr durch die Stadt, ging in die Häuser, und in der ersten Zeit maß sie gut, um Kundschaft zu bekommen. Es kam gar nicht selten vor, daß sie zehn, sogar fünfzehn Sous einnahm.

Sie waren alle beide sehr erstaunt, soviel Hilfsmittel zu finden, und waren auch verwundert, wenn sie ihr verändertes Leben betrachteten. Die dunkle Wolke über ihrem Hause hob sich ein wenig, und man konnte unter dem freieren Himmel atmen. Indes wurden sie doch von Gedanken heimgesucht, die recht verwickelt waren, und die in ihren alten Herzen einen Aufruhr entfachten, wie es ein Windstoß tut, der in einen Blätterhaufen fährt. Die Alte bemerkte es weniger, weil sie schnell dahineilte und mit ihren Schritten ihre Gedanken niedertrat. Der Alte erinnerte sich der Dinge vom ersten Tage. Der kleine Jean Bousset kam ihn besuchen: er war soeben im Polytechnikum aufgenommen worden, um Ingenieur zu werden. Er hielt seine ganze Freude vor seinem Onkel zurück und wagte angesichts dieses Elends nicht an das Polytechnikum zu denken. Er hatte so blaue Augen wie ein kleines Mädchen und eine blonde Strähne auf der Stirn. Er küßte ihn und sagte:

„Ach mein armer Alter! Ach, mein armer Alter!"

Der Alte erwiderte:

„Mein Sohn, du bist soeben in deiner Schule aufgenommen worden. Du wirst nicht ein so unglücklicher Alter werden, wie dein Onkel!"

Die Alte sagte:

„Das freut mich, mein Jean! Führ dich nur immer gut. Du siehst ja, was das heißt, wenn man in unserem Alter nicht mehr arbeiten kann."

Sie küßten ihn alle beide, und als er gegangen war, sagten sie zu einander: „Weiß der Kuckuck! Wir lieben ihn gerade so, wie wenn er uns gehörte!"

Man hatte zuerst einen nebligen, feuchten Herbst, dessen feiner Regen bis in die innersten Gefühle der Menschen drang. Der Alte blieb im Hause, setzte sich an das Fenster, blickte auf die Straße hinaus, sah dem Regen zu und fühlte wie er stetig und von allen Seiten niederfiel, wie ein Gedanke, der sich durchaus in unser Hirn hineinzwängen will. Zuerst hatte er an eine Beschäftigung gedacht, um die Zeit totzuschlagen. Er legte seine Schaufel auf seinen Schubkarren und zog los. Er hatte einen sehr günstigen Platz, denn sein Fenster ging direkt auf die Straße hinaus: „Hier gehen die Ochsen des Dominiums de la Faix hinauf, und ich muß ihnen sofort nachgehen, weil sonst ein anderer mir zuvorkommt." Mitunter lud ein Esel oder ein Pferd fast vor seiner Tür seinen Mist ab: dann erhob sich der Alte, ergriff einen eigens hierzu bestimmten Korb, nahm die Schaufel, machte sich daran, den Kot zusammenzukehren und warf einen Blick die Straße hinunter, um zu sehen, ob er nicht noch mehr zusammenhäufen könne. Wenn der Regen fiel, wartete er das Ende einer Husche ab, ging vor die Tür, sah nach dem Wetter und zwischen zwei Schauern machte er sich ans Werk wie der Diener und Sklave des Mists. Das alles schüttete er auf den Misthaufen im Hofe und warf noch Stroh und allerhand Abfälle dazu, sah, wie er immer größer wurde und später, wenn der geeignete Augenblick gekommen war, dachte er nur noch daran, ihn zu verkaufen.

Dann kam der Winter und überzog die Gräser der Felder und die moosbedeckten Dächer der kleinen Stadt mit einer Eisdecke. Die Tage wurden kürzer und schienen unter ihrem Nebelmantel zusammenzukriechen wie frierende Greise. Vom niedrigen Himmel kam die Zeit herab und näherte sich einem wie ein alter Bekannter, den man kennt und der einen mit einer knochigen Hand berührt. Auf dem Boden hatten sie noch etwas Holzvorrat; der Ofen stand mitten im Zimmer, ein kleiner, niedriger eiserner Ofen mit einer Platte davor, gegen die man die Füße lehnen konnte, und zwei Deckeln, die man hochheben konnte, um den Kochtopf darauf zu stellen. Der Alte hatte seinen Platz im Winter dem Ofen gegenüber. Er fror leicht, denn er hatte sein Leben in einer Schmiede zugebracht, und jetzt war seine einzige Bewegung, aufzustehen und das Feuer zu versehen. Er tat das in verschwenderischer Weise, betrachtete es als eine Uebung, als die einzige Zerstreuung, die ihm geblieben war.

Neue Menschheit

Von Max Dortu.

Daß tausend Urgeschlechter uns formten,
Daß ferner Väter Drang und Kraft durch uns hier neuerstanden,
Das fühlen wir
Und einsam hohes Wissen raunt, durch Wand, durch Meereswege
und durch Träume,
Sein Zukunftslied
In unsre Seelen.
Wir sind nicht um unsrer selbst willen — —
Wir sind die Treppen für das Kommende;
Das menschlich zu den göttlichen Olympen strebt.
Das Kommende?
Wir leben heute.
Und wenn wir heute uns zur Tat ermannen — —
Wenn heute wir die alte Fäulnis aus der Menschheit Herzen
reißen — —
Wenn heute wir durch unsres Geistes Kraft uns neue freie Städte
bauen:
Dann wird von allen roten Türmen
Die reine rote Flamme wehen:
Die Augenblick und Zukunft mit dem ewigen Blute Schönheit
und mit dem ewigen Safte Wahrheit aneinander bindet.
Vergangenes will durch uns hier zum Besseren.
Was unklar hieß — das will durch uns zur Klarheit.
Das Trübe sinkt zu Boden — das Neue dampft —
O Menschen — — welche Lust zu leben!
Bedenkt:
Ihr dürft die freien Schöpfer eurer eignen Zukunft sein.
Herab das Sklavenjoch vom Nacken — —
Legt eure Ketten euren Widersachern an.
Es braust der Herbststurm um der Berge trotzige Stirnen — —
Ihr stämmigen Männer unserer Zeit:
Die ihr das flüssige Eisen bändigt —
Die ihr den knisternden Blitz an kupfernen Drähteschnürchen ganz
nach eurem Willen lenkt — —
Die Zukunft ruft euch zu:
Fangt mir den Herbststurm ein — —
Und schmiedet ihn zu scharfen roten Pfeilen — —
Die aber legt auf eurer Herzen klingende Sehne — —
Euer Herz: das soll der Bogen sein — —
Der durch den kühnsten Schuß von eigener Feigheit euch befreit.

„Wenn ich erst Offizier bin . . .!"

Abend des 9. November. Große Ulrichstraße. Auf den Trottoirs staut sich die aus den Läden strömende Käufermenge. Mitten hindurch zieht der endlos lange Zug demonstrierender Arbeiter. Trotz der Kälte gemächlichen Schrittes. Die Rockkragen hochgeschlagen. Die Hände in den Hosentaschen. Es dauert eine gute Weile, bis er vorbei ist. Zuletzt kommen unsere Genossen, die Jungen und Alten. Ende gut, alles gut! Die Internationale übertönt mächtig den anderen Singsang. Verhallt erst fern unten am Markt.

Langsam setzt sich der Schwarm der übrigen Straßengänger wieder in Bewegung. Auch die Elektrischen machen schüchterne Fahrversuche. Bleiben aber stecken. Schicken sich ins Unvermeidliche und halten still.

„Pappi!" sagt da dicht vor mir eine helle Knabenstimme. „Warum bleiben denn die Wagen stehen? Wegen denen — —?

So pointiert verächtlich klingt das letzte Wort, daß ich interessiert den kleinen Frager samt seinem großen Pappi betrachte. Er ist wirklich noch sehr klein, und der Pappi sehr groß. Aber beide haben dieselben seinen hochmütigen Gesichter. Indessen befleißigt sich Pappi größerer Vorsicht als der weißbemützte Gymnasiast.

„Ja, mein Junge," antwortet er behutsam, „du mußt bedenken, daß der Zug sehr lang ist, und wahrscheinlich stockt er am Markt."

„Das ist doch kein Grund!" widerredet der Kleine mit schneidiger Sicherheit. „Da fährt man einfach dazwischen. Dann wird er schon auseinandergehen!"

Pappi bekommt es anscheinend ernstlich mit der Angst zu tun. Er wirft besorgte Blicke in die Runde. Ueberzeugt sich, daß niemand Anstoß genommen hat. Faßt die Hand seines hoffnungsvollen Sprößlings fester. Und schweigt. Aber der Junge entrüstet sich weiter.

„Wozu ist denn überhaupt die Polizei da, Pappi?" bohrt er. „Das ist doch Verkehrsstörung!"

Pappi schüttelt verzweifelt den Kopf und schlägt eine hastigere Gangart an. Vergebens! Der Junge spielt seinen Trumpf doch aus.

„Wenn ich erst Offizier bin — — —!" sagt er. Weiter nichts. Aber er sagt es so böse, so hart, so rachsüchtig drohend, daß es mir eiskalt den Rücken hinunterläuft.

„Wenn ich erst Offizier bin!" — Nun? Was dann? — Ein Menschenschinder mehr! Einer von der schlimmsten Art. Der genau weiß, was er tut. Der mit einer Handbewegung ein Dutzend Proletarier ins Jenseits befördern heißt. Rücksichtslos seiner Klasse die Bahn frei macht. — Wenn er erst Offizier ist! —

Und da gibt es deutsche Arbeiter, welche glauben, die Novemberrevolution habe ihre Freiheit gesichert. Arbeiter, welche müßig zuschauen, wie ihnen eine Position nach der anderen entrissen wird. Und die nicht begreifen, daß der Bürgerkrieg vor der Tür steht. Gewollt und verschärft durch jene, deren Söhne heute schon drohen: „Wenn ich erst Offizier bin —!" H. Leid.

Dostojewsky

„Wer war dieser Mensch? Epileptiker; mit einem Gesicht wie das Finsteraarhorn; Redakteur; an die Mauer gestellt — und begnadigt; Sträfling; Familienkrüppel mit zwei Haushalten; verschuldet; Vorschußbettler; Mann seiner Stenographin; zuvor Mann einer Schwindsüchtigen; Luftkurgast am Genfer See; in Deutschland; in Florenz, wo er bald zehn Lire borgt, bald fünf Lire.

Zuletzt Kleinkapitalist und Selbstverleger, Patriot, Allrusse, Großfürstenliebling, Fechter für absoluten Zarismus, orthodoxe Kirche, gegen den Umsturz."

„Feodor Dostowjewsky hat in einem Reich der Sünde gehaust, wo er täglich zaristisch-rechtgläubige Mordtaten und Martern schmierigsten Inhalts ausfressen sah — und hat auf den Zarismus, auf die rechtgläubige Kirche, zugleich auf die „Slaven, Slaven über alles" Hymnen geschwatzt.

Es wird ertragen; wie bei Hebbel — der als Politiker bis zur Dummheit herabsinkt; der im Jahre 1848 tobt . . . oder die zukunftsträchtigen Slavenvölker läppisch abtut. Er bleibt schließlich doch Hebbel. Wie erklärt sich der Zug bei Dostowjewsky?

Ist er ein Gefangener der Zeit? Wie Shakespeare vor hemmenden Mächten dienert, obschon er's besser kennt. Oder wie Schiller dem Franz Moor Dinge, voll scheinbaren Abscheues, in den Mund legt, weil er sie selber nicht zu äußern wagt. War es beim Dostojewsky das Nachzittern seiner körperlichen Gefangenschaft?

Oder: war es Buße für seine Zergliederungen? Wie ein Anatom des Mittelalters nach Zerschneidung von Toten etwa sich beim Messegang betätigt — und zum Beweis guten Willens wenigstens für Ketzerverbrennung stimmt. (Alles unbewußt.)

Oder war es . . . Epilepsie? Dostowjewsky salber hat gesagt, daß er in seinen Anfällen sich für einen Schwerverbrecher hielt; daß er dann eine unbekannte Schuld dunkel annahm.

Oder ich denke mir folgendes: Er war Mensch, der grob und gründlich in die Dinge kroch; knorrig-knurrig; er haßte darum vielleicht an Fortschrittsrussen äußerlich eine gewisse Glätte, die ihm billig-flach (außerdem unerreichbar) schien. Dieser schwere Mensch schäumte vielleicht gegen die wertlose Gruppe dieser Gattung: die Oberflächlichen. Uer verwechselte (das ist möglich) die Vertreter einer Sache . . . mit der von ihnen vertretenen Sache. Hm? Weil ihm die Vertreter widerlich sind, hält er die Sache für widerlich. Häufiger ist das Gegenteil wahr. Es gibt (in Deutschland beispielshalber) sehr nette Vertreter der hemmendsten und verbrecherischsten Sache. Andererseits manches Aufklärungsekel, das widerlich-glatt wirkt, — aber zweifellos dennoch die bessere, die künftigere Sache vertritt. Ich habe das in meinen Schriften ausführlicher und gröber dargelegt, wo Shaws Grenzen befühlt sind.

Weiter. Dostowjewskys Haß wider die russischen Liberalen kann auch der Haß gegen die Tatschwachen sein; gegen die bloß gebildet Redenden. Wer fühlt ihn nicht? Aber Dostojewsky verwechselt noch hier Ideenverkünder mit Ideen . . . „Bei uns gibt es keinen Sozialismus, absolut keinen", schrieb er nicht lange vor Trotzkis und Lenins Zeit."

„Seine Worte sind also manchmal Unsinn. Gewaltig bleibt die Luft zwischen ihnen. Die unsterblich webende Schicht.

Sie bedeutet, jenseits vom Wort: das Tauchen in die Seele. Das Verschmelzen mit Wesen unserer Gattung. Das Erforschen hiesiger Geschöpfe. Das Festhalten ihrer Abarten. Und brennende Liebe — noch in fragwürdiger Gestalt.

Nicht einmal Tolstoi steht uns näher . . . ob er schon der Zeit näher steht. Tolstoi hat sich inmitten der Umwälzungsflut auf die Flanke der Erneuernden gerettet — als ein Sterbender. Dostojewsky kam nie hinauf — doch ist er ganz ein Sohn der neuen Zeit; als Gestalter . . . wo er's nicht gewollt hat.

Oder wo er's (trau der Deubel einem Schriftsteller) doch gewollt hat."

*

So umreißt hart und scharf mit geübter Hand der bedeutendste und revolutionärste Literaturkritiker unseres Zeitalters, Alfred Kerr, Dostojewskys Leben und Schaffen.

Seltsam, daß ausgerechnet in einer bürgerlichen Zeitung von so fragwürdiger politischer Haltung wie dem „Berliner Tageblatt" so bittere Wahrheit sich findet über die politische Fragwürdigkeit eines Schriftstellers, von dessen uneingeschränktem Lob (zu seinem 100. Geburtstage) alle sozialistischen Blätter überströmen. Mir scheint es wichtig, unseren Lesern diese Wahrheit gerade in dieser Form nicht vorzuenthalten. Dostojewskys Romane erfahren durch sie eine letzte und notwendige Beleuchtung, deren gerade der Unkundige bedarf, soll er vor kritikloser Versenkung und Selbsthingabe bewahrt bleiben. Ein warnendes Beispiel der Möglichkeit geistiger Vergewaltigung selbst revolutionärer Proletarier durch Dostojewskys beispiellos wuchtende, gigantische Kunst bietet ein Aufsatz „Begegnung mit Dostojewsky" aus der Feder des auch unseren Lesern nicht unbekannten, jungen Unabhängigen Erich Knauf, der fast die ganze Linkspresse bereist.

Ich warne vor so viel Ueberschwang, der — mag er aus Unkenntnis oder Nichtverstehen geboren sein — nur Unheil anrichtet, indem er die Grenzlinien verwischt, welche alle wahrhaft revolutionäre Literatur von der reaktionären, auch der vorzüglichsten, scheiden. Man kann Dostojewsky widerstreben und ihn doch lieben. Mehr von ihm ein andermal! H. L.

„In Couleur."

Vor der Berliner Staatsbibliothek Unter den Linden steht eine Bettlerin und singt. Sie steht gebückt und zittert vor Kälte, zwei Kinder drücken sich verängstigt an ihrer Seite. Sie singt mit heiserer Stimme, oft von Husten unterbrochen. Ihre Augen sind entzündet vom scharfen Wind. Wie in demütiger Bitte streckt sie ihre Hand aus. Aber sie erntet nur wenig, die Leute haben keine Zeit und es ist kalt. Und dann gibt es so viele Bettler, denen man helfen müßte.

Da kommen zwei Studenten mit bunten Mützen. Sehr korrekt vom hohen Kragen ab bis zu den Lackstiefeln, in wohlerzogener Nichtachtung des übrigen Publikums, so gehen sie ihres Weges. Der Aeltere von beiden, ein straffer Jüngling mit unzähligen Säbelnarben, erzählt gerade etwas Wichtiges vom letzten Stiftungsfest. Der Jüngere hört achtungsvoll zu, aber plötzlich sieht er die Bettlerin und stutzt. Für einen Augenblick sieht es so aus, als wolle er stehenbleiben und das Portemonnaie ziehen.

Da fühlt er den mißbilligenden Blick seines Begleiters und gibt sich einen Ruck.

Beide gehen weiter. Der Aeltere ist empört und sagt halblaut: „Ich bitte Dich dringend, hier auf der Straße keine Skandalszenen zu verursachen. Vergiß gefälligst nicht, daß Du in Couleur bist —"

Der Jüngere ist sehr rot geworden, aber er geht vorschriftsmäßig und macht ein korrektes Gesicht. (Aus dem „Vorwärts".)

„Das Forum."

6. Jahrgang, Heft 1 ist erschienen mit folgendem Inhalt: Karl Liebknechts letzter Aufruf aus dem Zuchthaus; Louis C. Fraina: Emporkömmlinge; Upton Sinclair: Die Maschine; Forum Archiv: 20 Mk. Gold gleich 600 Mk. Papiergeld. Preis des Heftes 4 Mk. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung oder direkt vom Forum-Verlag, Berlin W. 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211111-14/fragment/page=0008